

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**

University of Applied Sciences

**Das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung
als Dreh- und Angelpunkt der Sozialversicherungspflicht**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Rentenversicherung

vorgelegt von

Sonja Häussler

Studienjahr 2013/2014

Erstgutachter: Professor Helmut Reinhardt
Zweitgutachter: Wolfgang Bausch

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Verzeichnis der Anlagen	VI
1 Einleitung.....	1
2 Rechtsgrundlagen der Sozialversicherungspflicht.....	3
3 Abgrenzungskriterien	4
3.1 Merkmale einer abhängigen Beschäftigung.....	5
3.2 Merkmale einer selbstständigen Tätigkeit.....	5
3.3 Gewichtung der Merkmale	6
3.4 Organe einer GmbH	6
3.4.1 Beurteilung eines Gesellschafters.....	7
3.4.2 Beurteilung eines Geschäftsführers	8
3.4.3 Beurteilung eines geschäftsführenden Gesellschafters	9
3.5 Franchisenehmer.....	9
4 Auswirkungen bei Fehleinschätzungen	10
5 Das Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV	13
5.1 Optionales Anfrageverfahren.....	13
5.1.1 Beginn der Versicherungspflicht	15
5.1.2 Rechtsbehelf und Ausschluss des Verfahrens	17
5.2 Obligatorisches Anfrageverfahren	17
6 Volkswirtschaftliche Größenordnung der Selbstständigen	19
6.1 Versicherungspflicht für Selbstständige.....	19
6.2 Verhältnis der Selbstständigen zu abhängig Beschäftigten	22

7 Überlegungen zur Ausweitung der Versicherungspflicht	29
7.1 Unerwünschte Folgen der Ausgrenzung von Selbstständigen	29
7.2 Auswirkungen auf die Selbstständigen	31
7.3 Auswirkungen auf die Sozialversicherungsträger	35
7.4 Auswirkungen auf die Solidargemeinschaft	35
7.5 Auswirkungen auf die private Versicherungswirtschaft.....	35
7.6 Diskussionen auf politischer Ebene	36
8 Fazit.....	40
Literaturverzeichnis	43
Erklärung der Verfasserin	44

Abkürzungsverzeichnis

BFH	Bundesfinanzhof
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
bzw.	beziehungsweise
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
RAA DRV	Rechtliche Arbeitsanweisungen der Deutschen Rentenversicherung
Rz.	Randziffer
SGB I	Erstes Sozialgesetzbuch - Allgemeiner Teil des Sozialgesetzbuches
SGB III	Drittes Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung
SGB IV	Viertes Sozialgesetzbuch - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Fünftes Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sechstes Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Rentenversicherung
SGB VII	Siebttes Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Unfallversicherung
SGB IX	Neuntes Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
SGB XI	Elftes Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Verhältnis der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung....	22
Abbildung 2 - Verteilung der Beschäftigten und Selbstständigen in Bezug auf alle Erwerbstätigen	23
Abbildung 3 - Versicherungsrechtliche Zusammensetzung der Beschäftigten	24
Abbildung 4 - Versicherungsrechtliche Zusammensetzung der Selbstständigen.....	26
Abbildung 5 - Aufgliederung der Erwerbstätigen nach ihren Versicherungsstatus.....	27

Verzeichnis der Anlagen

Die Anlagen befinden sich ausnahmslos auf dem beiliegenden elektronischen Datenträger.

- Anlage 1:** Gemeinsames Rundschreiben des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit vom 13.04.2010
- Anlage 2:** Unterschied Gesellschafter und Geschäftsführer
- Anlage 3:** R3.2.1.1.10 der RAA DRV-BW zu § 7 Abs.1 SGB IV (stille Gesellschafter)
- Anlage 4:** BSG vom 14.07.2012 - B 11 AL 9/11 R
- Anlage 5:** Lohnkosten als Betriebsausgaben
- Anlage 6:** BGBl. 2000 I S.2
- Anlage 7:** BT-Drs. 14/1855
- Anlage 8:** Antragsformular Statusfeststellungsverfahren
- Anlage 9:** Erläuterungen zum Antragsformular
Statusfeststellungsverfahren
- Anlage 10:** Anlage zum Statusfeststellungsverfahren, Beschreibung des Auftragsverhältnisses
- Anlage 11:** Anlage zum Statusfeststellungsverfahren, mitarbeitende Angehörige
- Anlage 12:** Anlage zum Statusfeststellungsverfahren, Status eines Gesellschafters oder Geschäftsführers
- Anlage 13:** BSG vom 11.03.2009 - B 12 R 11/07 R
- Anlage 14:** BSG vom 04.06.2009 - B 12 R 6/08 R
- Anlage 15:** BFH vom 06.06.2002 - VI R 178/97
- Anlage 16:** BFH vom 21.01.2010 - VI R 52/08
- Anlage 17:** BGBl. 2003 I S.2954

Anlage 18:	BGBI. 2005 I S.818
Anlage 19:	BGBI. 2007 I S.3024
Anlage 20:	BGBI. 2008 I S.2933
Anlage 21:	R1 der RAA DRV-BW zu § 7a SGB IV (Inhalt der Regelung)
Anlage 22:	BT-Drs. 15/1749
Anlage 23:	R5 der RAA DRV-BW zu § 7a SGB IV (Beginn der Versicherungspflicht im Antragsverfahren)
Anlage 24:	Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht für Selbstständige
Anlage 25:	Erläuterungen zum Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht für Selbstständige
Anlage 26:	Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben
Anlage 27:	Merkblatt zur Versicherungspflicht der Gewerbetreibenden in Handwerksbetrieben
Anlage 28:	R3 der RAA DRV-BW zu § 4 Abs. 2 SGB VI (Versicherungspflicht auf Antrag)
Anlage 29:	Statistikdaten 2002 - 2012 im Überblick
Anlage 30:	Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstand Deutschlands
Anlage 31:	Statistisches Bundesamt, Übersicht über Erwerbstätige, Arbeitnehmer und Selbstständige
Anlage 32:	Bundeszentrale für politische Bildung, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
Anlagen 33 - 43:	Forschungsportal der Deutschen Rentenversicherung, Aktiv Versicherte 2002 - 2012
Anlage 44:	Zeitschrift Finanztest, Ausgabe 1/2014
Anlage 45:	Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung vom 03.09.2012 zu Medienberichten über Altersarmut

- Anlage 46:** Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung „Rundum verunsichert“ vom 15.09.2012
- Anlage 47:** Zeitschrift Finanztest, Ausgabe 12/2013
- Anlage 48:** Artikel der Süddeutschen Zeitung „Selbstständige müssen künftig für die Rente vorsorgen“ vom 21.03.2012
- Anlage 49:** Berichterstattung des Deutschen Bundestages über den Petitionsausschuss am 15.10.2012
- Anlage 50:** Artikel des Handelsblattes „Versicherungspflicht für Selbstständige abgelehnt“ vom 27.06.2013

1 Einleitung

Die gesetzliche Sozialversicherung ist in Deutschland das bedeutendste Sicherungssystem zur Absicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Sie ist unterteilt in die Zweige Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung und Unfallversicherung. Jeder Zweig deckt dabei spezifische Risiken ab.¹ Beim Eintritt eines oder mehrerer dieser Risiken können von den Trägern der jeweiligen Sozialversicherung Leistungen an die Versicherten erbracht werden.

Kernelement dieses Sicherungssystems ist die Bildung einer Solidargemeinschaft. Innerhalb der Gemeinschaft stehen alle Beteiligten gemeinsam für das Risiko des Einzelnen² ein. Im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung werden die Finanzmittel zur Leistungsgewährung an den Einzelnen vom Kollektiv aufgebracht. Zu selbigem gehören nicht nur die Versicherten, die selbst Beiträge zahlen, sondern beispielsweise auch die Arbeitgeber und der Staat.

Der Zugang zur Sozialversicherung steht grundsätzlich offen. Neben der freiwilligen Zugehörigkeit werden bestimmte Personengruppen unter einen Versicherungszwang - der sogenannten Versicherungspflicht kraft Gesetzes - gestellt.³ Der Zwangscharakter äußert sich darin, dass beim Vorliegen der gesetzlich festgelegten Voraussetzungen, die Versicherungspflicht unabhängig vom Willen der betreffenden Person eintritt.⁴

Die Versicherungspflicht bringt im Wesentlichen zwei Auswirkungen mit sich. Zum einen wird nicht nur der Versicherte selbst, sondern auch Dritte (beispielsweise der Arbeitgeber) zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet,

¹ Auf eine detaillierte Aufzählung der Risiken, die durch die einzelnen Sozialleistungsträger abgedeckt werden, wird an dieser Stelle verzichtet. Siehe hierzu beispielsweise §§ 18 - 29 SGB I.

² Aus Gründen der Lesbarkeit wird auf die Verwendung der geschlechtergerechten Sprache verzichtet. Im Sinne des Gleichbehandlungsgesetzes sollen alle Formulierungen gleichermaßen für beide Geschlechter gelten.

³ Vgl. RV-SGB IV, S. 24.

⁴ Vgl. Schmidt, Rz.391; Moritz-Ritter/Schreiber, S.16; RV-SGB IV, S. 24f; Reinhardt in LPK-SGB VI § 1 Rz.4.

zum anderen wird der Versicherte automatisch Teil der Solidargemeinschaft, welche fortan seine sozialen Risiken tragen muss. Wegen dieser Drittwirkung ist es notwendig klare Grenzen zu definieren, welche Personen von der Sozialversicherungspflicht erfasst und welche beabsichtigterweise nicht erfasst werden.

In der Sozialversicherungspraxis bereitet oft nicht nur die Festlegung dieser Grenzen Schwierigkeiten. Vielmehr stehen die Beteiligten vor der Herausforderung im Einzelfall eindeutig zu entscheiden, ob eine Person vom Versicherungszwang erfasst wird, oder nicht.

In der nachfolgenden Ausarbeitung werden in Kapitel 2 die Rechtsgrundlagen der Versicherungspflicht kraft Gesetzes aufgeführt. In Kapitel 3 wird ausführlich erörtert, welche Merkmale für die Abgrenzung der abhängig Beschäftigten von Selbstständigen herangezogen werden. Auch ausgewählte Problematiken der Abgrenzung werden in diesem Kapitel aufgezeigt. Kapitel 4 gibt einen kurzen Überblick über die Auswirkungen einer fehlerhaften Einschätzung des Versichertenstatus. Daran anschließend erfolgt eine Darstellung des Statusfeststellungsverfahrens bei der Deutschen Rentenversicherung Bund. Durch eine Auswertung statistischer Daten, wird in Kapitel 6 analysiert, in welchem Verhältnis die Selbstständigen in Deutschland zu den abhängig Beschäftigten stehen. Abschließend wird in Kapitel 7 auf Chancen und Risiken einer Ausweitung der Versicherungspflicht auf selbstständig Tätige eingegangen.

2 Rechtsgrundlagen der Sozialversicherungspflicht

In den gemeinsamen Vorschriften für die Sozialversicherung - dem SGB IV - ist in § 2 Abs.2 Nr.1 die Versicherungspflicht für Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung⁵ beschäftigt sind, definiert. Diese allgemeine Koppelung der Versicherungspflicht an die Beschäftigung besteht bereits seit 01.07.1977.⁶ Aber auch in den speziellen, für die jeweiligen Sozialleistungsträger relevanten, Vorschriften ist dieser Personenkreis verankert. Für die Krankenversicherung in § 5 Abs.1 Nr.1 SGB V, für die Arbeitslosenversicherung in § 24 Abs.1 i.V.m. § 25 Abs.1 S.1 SGB III, für die Rentenversicherung in § 1 S.1 Nr.1 SGB VI und für die Unfallversicherung⁷ in § 2 Abs.1 Nr.1 SGB VII. Die Versicherungspflicht in der Pflegeversicherung orientiert sich gemäß § 20 Abs.1 S.1 SGB XI an der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung. In § 20 Abs.1 S.2 SGB XI sind die gegen Arbeitsentgelt Beschäftigten explizit genannt.

⁵ Auf die Versicherungspflicht während einer Berufsausbildung und die Erfordernis der Zahlung eines Arbeitsentgeltes i.S.d. § 14 SGB IV wird im Weiteren nicht näher eingegangen. Ausführlich dazu Lüdtkke in LPK-SGB IV § 7 Rz.10, 28f. und Vor in LPK-SGB IV § 14 Rz.1ff.

⁶ Vgl. RV-SGB IV, S.24.

⁷ Auf die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Unfallversicherung wird im weiteren Verlauf dieser Bachelorarbeit nicht mehr eingegangen, da die Zahlungspflicht der Beiträge in diesem Zweig allein beim Arbeitgeber liegt. Für den Versicherten ergeben sich keine Verpflichtungen, sondern gegebenenfalls lediglich Leistungsansprüche gegenüber dem Unfallversicherungsträger.

3 Abgrenzungskriterien

Der Gesetzgeber definiert den Begriff der Beschäftigung im § 7 Abs.1 SGB IV als nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Die Formulierung lässt erkennen, dass die Begrifflichkeit der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mehr beinhaltet als das bloße Arbeitsverhältnis.⁸

Die Beschäftigung ist, in Abgrenzung zur selbstständigen Tätigkeit, durch das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber gekennzeichnet.⁹ In den gesetzlichen Bestimmungen heißt es, dass zwei wesentliche Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Beschäftigung im sozialversicherungsrechtlichen Sinne, insbesondere die Tätigkeit nach Weisung und die Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers sind. In der alltäglichen Praxis führten diese vage formulierten Kriterien häufig zu Streitigkeiten. Durch jahrelange Rechtsprechung haben sich detailliertere Anhaltspunkte herauskristallisiert, die für das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung oder einer selbstständigen Tätigkeit sprechen. Die bedeutendsten Indizien sind in nachfolgender Aufstellung dargestellt.¹⁰ Diese Aufstellung erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und soll lediglich die wesentlichen Merkmale benennen.

⁸ Vgl. RV-SGB IV, S.70; Schmidt, Rz.499f; Rundschreiben 13.04.2010, S.7 (Anlage1); Poppelbaum, S.10.

⁹ Vgl. Marburger, RdW Band 74, S.23; Marburger, Schnellkurs Sozialversicherung, S.76; Reinhardt in LPK-SGB VI, Rz.10.

¹⁰ Vgl. RV-SGB IV, S.66-71; Rundschreiben 13.04.2010, S.7-9, sowie dazugehörige Anlagen; Marburger, Schnellkurs Sozialversicherung, S.18,19; Lüdtke in LPK-SGB IV § 7 Rz.8ff; Reinhardt in LPK-SGB VI § 1 Rz.10-12.

3.1 Merkmale einer abhängigen Beschäftigung

Für das Vorliegen einer abhängigen und damit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sprechen meist:

- Weisungsgebundenheit des Arbeitnehmers in Bezug auf Zeit, Ort, Dauer und Art der Arbeit
- Eingliederung in den Arbeitsbetrieb bzw. in die Arbeitsorganisation
- Zahlung eines Arbeitsentgeltes, das regelmäßig nicht mit dem wirtschaftlichen Erfolg des Auftraggebers variiert
- die Arbeit ist in Räumen zu verrichten, die vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden
- die vertragliche Ausgestaltung hat die Form eines Arbeitsvertrages¹¹ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- trotz Vorliegen eines Werkvertrages¹² oder bei Nichtvorliegen eines Vertrages kann die tatsächliche Arbeitsgestaltung auf ein Arbeitsverhältnis hindeuten

3.2 Merkmale einer selbstständigen Tätigkeit

Für das Vorliegen einer selbstständigen und damit im Allgemeinen nicht sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit sprechen meist:

- freie Gestaltung der Arbeit und Arbeitszeit, sowie die freie Verfügung über die eigene Arbeitskraft
- Tätigkeit in eigenem Namen und auf eigene Rechnung
- Unternehmerrisiko bzw. Ungewissheit des wirtschaftlichen Erfolges
- Einsatz von eigenem Kapital mit der Möglichkeit dieses zu verlieren
- Erzielung eines Arbeitseinkommens, das erfolgsabhängig sein kann
- die Tätigkeit findet oft in eigenen Räumlichkeiten statt

¹¹ Ein Arbeitsverhältnis (auch Dienstverhältnis genannt) zeichnet sich dadurch aus, dass der Arbeitnehmer sich verpflichtet eine bestimmte Arbeit zu verrichten. Dafür erhält er seine Vergütung auch, wenn durch die Arbeit nicht das Ziel erreicht wird, das der Arbeitgeber erreichen möchte. So wird beispielsweise der Koch selbst dann bezahlt, wenn den Gästen das Essen nicht schmeckt. Diese Vertragsform ist typisch für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis.

¹² Beim Werkvertrag ist die Vergütung davon abhängig, dass der vereinbarte Effekt bzw. Erfolg eintritt. Soll laut Vertrag beispielsweise ein Auto repariert werden, kann die Vergütung erst dann verlangt werden, wenn der Schaden behoben ist. Diese Vertragsform ist typisch für eine selbstständige Tätigkeit.

- die vertragliche Ausgestaltung hat die Form eines Werkvertrages zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer
- auch bei Vorliegen eines Werkvertrages kann bei objektiver Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse ein sozialversicherungs-pflichtiges Beschäftigungsverhältnis vorliegen

3.3 Gewichtung der Merkmale

Die genannten Kriterien sind nur Anhaltspunkte, die der Beurteilung dienen. Um eine endgültige Entscheidung für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit treffen zu können, ist es unabdingbar sämtliche Details gegeneinander abzuwägen. Die einzelnen Merkmale sind dabei unterschiedlich stark zu gewichten.¹³ So sind die Faktoren Weisungsgebundenheit, Eingliederung oder freie Verfügbarkeit über die eigene Arbeitskraft von höherer Bedeutung, als beispielsweise die Bereitstellung der Räumlichkeiten. Eine absolute Hierarchie der Indizien besteht jedoch nicht und je nach Einzelfall können unterschiedliche Kriterien auch von unterschiedlich starker Bedeutung sein.

3.4 Organe einer GmbH

Das Paradebeispiel zur Veranschaulichung der Komplexität der Beurteilung sind der GmbH-Geschäftsführer und der mitarbeitende Gesellschafter. Zur besseren Verständlichkeit sollen zunächst die Begrifflichkeiten erklärt werden.

Gesellschafter einer GmbH ist, wer Firmenanteile der GmbH besitzt.¹⁴ Die GmbH hat ein bestimmtes Stammkapital, welches dadurch zustande kommt, dass Personen ihr Geld in die GmbH investieren. Diese Personen werden so zu Gesellschaftern der GmbH. Das Verhältnis des investierten Geldes zum gesamten Stammkapital bildet den Kapitalanteil eines

¹³ Vgl. Schmidt, Rz.545; Lüdtkke in LPK-SGB IV § 7 Rz.14; RV-SGB IV, S.67.

¹⁴ Vgl. Gesellschafter und Geschäftsführer, <http://www.endlich-selbstaendig.info/2012/05/geschäftsführer-und-gesellschafter/#comments> (Anlage 2), letzter Zugriff 04.04.2014.

Gesellschafter ab. Aus den täglichen Aufgaben der GmbH halten sich die Gesellschafter i.d.R. heraus.

Der Geschäftsführer einer GmbH ist für das laufende Tagesgeschäft der GmbH verantwortlich und dient auch ihrer Vertretung nach außen hin, also gegenüber anderen Firmen und Personen.¹⁵

Der Gesellschafter-Geschäftsführer leitet die GmbH, hat aber gleichzeitig durch seinen Kapitaleinsatz Anteile der GmbH inne.

3.4.1 Beurteilung eines Gesellschafters

Im Recht der Sozialversicherungen sollen durch den Versicherungszwang nur abhängig Beschäftigte geschützt werden. Zu den Gesellschaftern ist grundsätzlich zu sagen, dass sie nicht versicherungspflichtig sind, sofern sie in der GmbH nicht mitarbeiten, d.h. keiner Beschäftigung nachgehen. Sie werden als Selbstständige eingestuft.¹⁶

Arbeitet der Gesellschafter jedoch mit, ist zu prüfen, ob er sich damit in ein Verhältnis der persönlichen Abhängigkeit zur GmbH begibt. Selbst wenn der Gesellschafter einen Kapitalanteil von über 50% am Stammkapital hält, muss nach den oben genannten, allgemeinen Voraussetzungen geprüft werden, inwieweit die Tätigkeit des Gesellschafters für eine abhängige Beschäftigung spricht.¹⁷ Im Gemeinsamen Rundschreiben des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung, der Deutschen Rentenversicherung Bund und der Bundesagentur für Arbeit vom 13.04.2010 werden drei Faktoren festgelegt, die bei mitarbeitenden Gesellschaftern für eine abhängige Beschäftigung sprechen. Die aktive Beteiligung an der Aufgabenerfüllung der GmbH, der Bezug eines angemessenen Arbeitsentgeltes und als dritter Faktor, dass sie keinen maßgeblichen Einfluss auf die Geschicke der Gesellschaft kraft ihres

¹⁵ Vgl. Gesellschafter und Geschäftsführer, <http://www.endlich-selbstaendig.info/2012/05/geschäftsführer-und-gesellschafter/#comments> (Anlage 2), letzter Zugriff 04.04.2014.

¹⁶ Vgl. R3.2.1.2.10 der RAA DRV-BW zu § 7 Abs.1 SGB IV, stille Gesellschafter (Anlage 3).

¹⁷ Vgl. Anlage 3 – Anhang 1 im Rundschreiben 13.04.2010. Die detaillierte Auflistung der begründenden Gerichtsurteile kann der Anlage 3 – Anhang 2 im Rundschreiben 13.04.2010 entnommen werden.

Anteils am Stammkapital geltend machen können. Der maßgebliche Einfluss kann sich entweder daraus ergeben, dass der Gesellschafter durch einen Kapitalanteil von über 50% überwiegenden Einfluss nehmen kann oder, dass er (auch bei einem niedrigeren Kapitalanteil) die Beschlüsse der anderen Mitinhaber der GmbH blockieren oder diese überstimmen kann.¹⁸ Bei einer derartigen Machtstellung ist eine abhängige Beschäftigung zu verneinen.

3.4.2 Beurteilung eines Geschäftsführers

Der reine Geschäftsführer ohne GmbH-Anteile (auch Fremdgeschäftsführer genannt) gilt im Allgemeinen als abhängig Beschäftigter, da er den Weisungen der Gesellschafter unterliegt und sich in deren Organisation eingliedert. Auch wenn in diesem Falle die Weisungsgebundenheit des Geschäftsführers stark reduziert ist, da dieser im Großen und Ganzen für den kompletten Arbeitsprozess verantwortlich ist, gilt er nicht als Selbstständiger und unterliegt deswegen der Sozialversicherungspflicht. Auch hierfür kann es Ausnahmefälle geben, in denen die Beurteilung anders ausfallen muss. Zum Beispiel wenn der Fremdgeschäftsführer mit einem oder mehreren Gesellschaftern verwandt oder verschwägert ist. Haben diese Familienangehörigen insgesamt einen Kapitalanteil von über 50%, kann die Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse auch den Schluss zulassen, dass wegen der familiären Zugehörigkeit keine Interessenkonflikte entstehen, wie dies zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern üblich ist.¹⁹ Der Geschäftsführer wäre dann als Selbstständiger zu beurteilen. Ähnlich verhält es sich mit einem Geschäftsführer, der seine Stellung nur erhalten hat, weil er seine Einzelfirma aus steuerlichen und/oder haftungsrechtlichen Gründen in eine GmbH umgewandelt hat.²⁰ Auch er wäre nicht als abhängig Beschäftigter einzustufen.

¹⁸ Vgl. Anlage 3 - Anhang 1 im Rundschreiben 13.04.2010.

¹⁹ Vgl. Anlage 3 im Rundschreiben 13.04.2010; Poppelbaum, S.24; Schmidt, Rz.508 m.w.N.

²⁰ Vgl. Anlage 3 - Anhang 1 im Rundschreiben 13.04.2010.

3.4.3 Beurteilung eines geschäftsführenden Gesellschafters

Beim Gesellschafter-Geschäftsführer wird die Selbstständigkeit automatisch unterstellt, wenn er einen Kapitalanteil von mehr als 50% besitzt.²¹ Bei einem Kapitalanteil von 50% und weniger ist wiederum insgesamt zu analysieren, ob der Gesellschafter-Geschäftsführer eher abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig ist. Es gelten die bereits oben genannten Ausführungen zum mitarbeitenden Gesellschafter.

3.5 Franchisenehmer

Ein etwas weniger kompliziertes Beispiel sind die Franchisenehmer. Franchising bezeichnet ein Verkaufskonzept, das zum Beispiel bei Lebensmittelhandelsketten und Fastfoodketten sehr verbreitet ist. Der Franchisegeber gibt ein gewisses Verkaufskonzept und zugleich eine gewisse Warenpalette vor, die Franchisenehmer halten sich ihrerseits an dieses Konzept und zahlen eine Vergütung an den Franchisegeber, die oft an den wirtschaftlichen Erfolg gekoppelt ist. In dieser Konstellation ist genauestens abzuwägen, wie viel freier Handlungsspielraum dem Franchisenehmer verbleibt, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob dieser zum Franchisegeber in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis steht oder nicht.²²

In zahlreichen anderen Berufssparten ergaben sich vergleichbare Probleme bei der praktischen Anwendung der Abgrenzungskriterien, sodass der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung, die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Bundesagentur für Arbeit im Rundschreiben vom 13.04.2010 einen, aus zahlreichen Gerichtsurteilen zusammengestellten, Berufsgruppenkatalog veröffentlicht haben.

Es wird deutlich, dass die Abgrenzung zwischen der abhängigen Beschäftigung und der selbstständigen Tätigkeit stetig zu gerichtlichen

²¹ Vgl. Anlage 3 - Anhang 1 im Rundschreiben 13.04.2010; Schmidt, Rz.504 m.w.N.; Moritz-Ritter/Schreiber, S.62.

²² Vgl. Marburger, Schnellkurs SV, S.93; Anlage 5 im Rundschreiben 13.04.2010, S.7,8.

Auseinandersetzungen führt, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass immer neue Berufsbilder wiederum zu diversen Abgrenzungsfragen führen werden.

4 Auswirkungen bei Fehleinschätzungen

Die Konsequenzen einer fehlerhaften Beurteilung der Versicherungspflicht sind vielseitig.

Ein Auftraggeber, der nicht erkennt, dass er durch einen bestimmten Vertragsschluss ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis begründet, wird seine Arbeitgeberpflichten gegenüber der Sozialversicherung verletzen. Diese sind insbesondere die nach § 28a Abs.1 SGB IV bestehende Pflicht jeden Arbeitnehmer an die Einzugsstelle²³ zu melden und die in § 28e Abs.1 SGB IV verankerte Beitragszahlungspflicht. Das Verletzen der Meldepflicht stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einem Bußgeld geahndet werden kann.²⁴ Die fälschlicherweise nicht gezahlten Gesamtsozialversicherungsbeiträge können von den Sozialleistungsträgern für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren nachgefordert werden. Zusätzlich zu den Beiträgen wird gemäß § 24 SGB IV monatlich ein Säumniszuschlag in Höhe von 1% des rückständigen Betrages erhoben. Da der rückständige Betrag monatlich höher wird, steigt auch die Höhe der Säumniszuschläge entsprechend. Nach Aufsummierung der oben genannten Kosten, kann auf den Arbeitgeber eine Forderung im fünf- bis siebenstelligen Bereich zukommen.²⁵ Bei nachweislich vorsätzlicher Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen droht gemäß § 266a StGB sogar eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine

²³ Nach § 28h Abs.1 SGB IV sind die Krankenkassen als Einzugsstellen für die Überwachung der Meldungen und die korrekte Zahlung des Gesamtsozialversicherungsbeitrages verantwortlich. Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag beinhaltet die Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung und ist direkt an die Einzugsstellen zu zahlen. Diese verteilen die Beiträge auf die einzelnen Sozialleistungsträger.

²⁴ Vgl. Oxenknecht-Witzsch in LPK-SGB IV § 28a Rz.25.

²⁵ Die Höhe der Rückforderung ist im Wesentlichen abhängig von der Höhe des gezahlten Arbeitsentgeltes und der Dauer der Säumnis.

Geldstrafe.²⁶ Dies kann existenzbedrohend für den unwissenden Arbeitgeber werden.

Angesichts dieser Folgen scheint es ratsamer von vornherein von einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auszugehen. Doch auch die Annahme einer abhängigen Beschäftigung anstelle einer selbstständigen Tätigkeit hat ihre Tücken. Die Zahlung von Beiträgen begründet an sich keinen Anspruch auf Sozialleistungen. So wird beispielsweise Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld nur geleistet, wenn zum Zeitpunkt der Antragstellung ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis bestanden hat.²⁷

Die Beiträge, die aufgrund der fälschlichen Annahme der Versicherungspflicht zur Rentenversicherung gezahlt wurden, können nach § 202 S.1 SGB VI nachträglich als freiwillige Beiträge bewertet werden, wenn der Rentenversicherungsträger diese als zu Unrecht entrichtet beanstandet hat, die Beiträge jedoch nicht zurückgefordert wurden.²⁸ Das Recht zur Rückforderung haben dabei diejenigen, die die Beiträge getragen haben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen den Gesamtsozialversicherungsbeitrag meist je zur Hälfte.²⁹ Falls nur der Arbeitgeber seinen Anteil zurückfordert, hat der Arbeitnehmer nach § 202 S.4 SGB VI die Möglichkeit freiwillig die nun fehlende Hälfte auszugleichen. Macht er davon keinen Gebrauch, so wird ihm die andere Hälfte erstattet.³⁰ Dies kann negative Effekte nach sich ziehen. Beispielsweise Lücken im Versicherungsverlauf, die eine eventuelle Rente vermindern können.

Für bestimmte Leistungen, zum Beispiel für die Rente wegen Erwerbsminderung nach § 43 SGB VI, ist die Zahlung einer bestimmten Anzahl an

²⁶ Vgl. Oxenknecht-Witzsch in LPK-SGB IV § 28a Rz.25.

²⁷ Vgl. BSG vom 14.07.2012 – B 11 AL 9/11 R - <https://sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=156128> (Anlage 4), letzter Zugriff 26.03.2014.

²⁸ Vgl. Poppelbaum, S.43; Reinhardt in LPK-SGB VI § 202 Rz.3.

²⁹ Der Arbeitgeber ist dafür verantwortlich den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zu zahlen (siehe auch Fußnote Nr.22). Die vom Arbeitnehmer zu tragende Hälfte kann er jedoch nach § 28g S.1 SGB IV vom Arbeitsentgelt abziehen. Auf die Fälle, in denen keine hälftige Tragung vorliegt, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

³⁰ Reinhardt in LPK-SGB VI § 202 Rz.4,7.

Pflichtbeiträgen³¹ eine wesentliche Leistungsvoraussetzung. Durch die Umwandlung von Pflichtbeiträgen in freiwillige Beiträge kann deshalb unter Umständen der Schutz gegen Erwerbsminderung entfallen.

Auch außerhalb der Sozialversicherung drohen Konsequenzen bei fälschlicher Einordnung. Arbeitgeber haben in Deutschland die Möglichkeit den Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen, den sie für ihren Arbeitnehmer tragen, als Betriebsausgabe steuerlich abzusetzen. Dies mindert den Gewinn, wodurch insgesamt weniger Steuern an das Finanzamt zu zahlen sind.³² Stellt das Finanzamt bei der Prüfung des Arbeitgebers fest, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht zu zahlen waren, weil der Mitarbeiter nicht abhängig beschäftigt, sondern selbstständig tätig ist, sind die Betriebsausgaben nachträglich als Gewinn anzusehen und dementsprechend zu versteuern.³³ Auch diese Steuernachzahlung kann den Auftraggeber fatal treffen.

³¹ Pflichtbeiträge sind Beiträge, die aufgrund einer greifenden Sozialversicherungspflicht gezahlt werden. Insbesondere in der gesetzlichen Rentenversicherung ist die Unterscheidung der Beitragszahlungen in Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge von besonderer Bedeutung, da sich Auswirkungen auf die zu erbringenden Leistungen ergeben können.

³² Vgl. <http://www.betriebsausgabe.de/lohnkosten-22.html> (Anlage 5), letzter Zugriff 04.04.2014.

³³ Vgl. Poppelbaum, S.3.

5 Das Statusfeststellungsverfahren nach § 7a SGB IV

Um die Risiken zu vermeiden, wurde am 20.12.1999 mit dem *Gesetz zur Förderung der Selbstständigkeit* ein Anfrageverfahren zur Statusfeststellung von Erwerbstätigen eingeführt. Das Gesetz trat rückwirkend zum 01.01.1999 in Kraft.³⁴ Der Gesetzgeber reagierte damit auf die Probleme, die in der Praxis bei der Abgrenzung zwischen abhängiger Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit entstanden sind. In erster Linie soll durch das Verfahren vermieden werden, dass die Sozialleistungsträger zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Auf diese Weise wird Rechtssicherheit für die Betroffenen geschaffen.³⁵

5.1 Optionales Anfrageverfahren

In Zweifelsfällen oder zur rechtlichen Absicherung können die Beteiligten, also der Auftraggeber und der Auftragnehmer, im Rahmen des optionalen Anfrageverfahrens nach § 7a Abs.1 S.1 SGB IV bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung Bund eine Entscheidung über den versicherungsrechtlichen Status des Auftragnehmers beantragen. Der Antrag muss dabei nicht gemeinsam gestellt werden. Jede Vertragspartei kann das Verfahren anstoßen.³⁶ Zur qualifizierten Sachaufklärung wird die andere Partei automatisch in die Klärung der Verhältnisse mit einbezogen. Nach § 7a Abs.2 SGB IV entscheidet die Deutsche Rentenversicherung Bund auf Grund einer Gesamtwürdigung aller Umstände des Einzelfalles, ob eine Beschäftigung vorliegt. Bereits im Antragsformular werden zahlreiche Fragestellungen aufgeworfen, die zur Klärung beitragen sollen.³⁷ Sollten diese Angaben nicht ausreichen, fordert die Clearingstelle die Beteiligten zur Einreichung von weiteren Unterlagen auf. Anschließend

³⁴ Vgl. BGBl 2000 I S.2 (Anlage 6). Zur Vereinfachung der Thematik wird davon abgesehen die historische Entwicklung des Anfrageverfahrens darzustellen. Diese ist beispielsweise im Rundschreiben vom 13.04.2010 ausführlich dargestellt. In dieser Abhandlung wird der aktuelle Rechtsstand der Vorschrift zugrunde gelegt und nur teilweise auf die Entwicklungen eingegangen.

³⁵ BT-Drucks. 14/1855, S.1 (Anlage 7).

³⁶ Vgl. Lüttke in LPK-SGB IV § 7a Rz.2.

³⁷ Das Antragsformular, die Erläuterung zum Antrag und die zugehörigen Anlagen sind im Anhang als Anlagen Nr. 8-12 zu finden.

werden die Beteiligten gemäß § 7a Abs.4 SGB IV darüber unterrichtet, zu welchem Entschluss die Clearingstelle gekommen ist und auf welchen Tatsachen dieser beruht. Den Beteiligten wird dadurch, im Rahmen einer Anhörung, die Gelegenheit gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung zu äußern. Wenn innerhalb der Anhörungsfrist keine neuen Gesichtspunkte vorgebracht werden, die zu einer abweichenden Beurteilung führen, stellt die Clearingstelle den Status des Erwerbstätigen und dessen eventuelle Versicherungspflicht per Bescheid fest.³⁸ Vor den Urteilen des BSG vom 11.03.2009³⁹ und vom 04.06.2009⁴⁰ wurde innerhalb des Clearingverfahrens nur eine Entscheidung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer abhängigen Beschäftigung getroffen. Inzwischen muss die Clearingstelle auch eine Entscheidung über das Vorliegen der Versicherungspflicht treffen.⁴¹

Diese Entscheidung ist für alle Sozialversicherungsträger bindend. So ergibt sich beispielsweise die leistungsrechtliche Bindungswirkung für die Träger der Arbeitslosenversicherung aus dem § 336 SGB III.

Auch die Finanzämter sind laut den Urteilen des BFH vom 06.06.2002⁴² und vom 21.01.2010⁴³ grundsätzlich an die Entscheidung der Clearingstelle gebunden und müssen den festgestellten Status bei der Besteuerung berücksichtigen.⁴⁴

³⁸ Vgl. Rundschreiben 13.04.2010, S.1.

³⁹ Vgl. BSG vom 11.03.2009 – B 12 R 11/07 R (Anlage 13) <https://sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=119928>, letzter Zugriff 24.03.2014.

⁴⁰ Vgl. BSG vom 04.06.2009 – B 12 R 6/08 R (Anlage 14) <https://sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=122816>, letzter Zugriff 24.03.2014.

⁴¹ Vgl. RV-SGB IV, S.77.

⁴² Vgl. BFH vom 06.06.2002 – VI R 178/97 (Anlage 15) <http://www2.bfhurteile.de/VIR17897.htm>, letzter Zugriff 24.03.2014.

⁴³ Vgl. BFH vom 21.01.2010 – VI R 52/08 (Anlage 16) <http://juris.bundesfinanzhof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bfh&Art=en&nr=21332>, letzter Zugriff 24.03.2014.

⁴⁴ Vgl. Poppelbaum, S.3.

5.1.1 Beginn der Versicherungspflicht

Die Versicherungspflicht beginnt grundsätzlich mit Beginn des Beschäftigungsverhältnisses. Wurde diese aber durch ein optionales Antragsverfahren festgestellt, kann gemäß § 7a Abs.6 SGB IV der Pflichtversicherungsbeginn auf den Zeitpunkt verlegt werden, an dem die Clearingstelle die Entscheidung über diese getroffen hat. Dies ist jedoch an drei Voraussetzungen gekoppelt. Der Antrag auf Statusklärung muss innerhalb eines Monats nach Beschäftigungsbeginn gestellt worden sein, der Beschäftigte muss dem späteren Beginn zustimmen und er muss für die Zeit zwischen dem Beschäftigungsbeginn und der Entscheidung der Clearingstelle in ähnlichem Maße abgesichert gewesen sein, wie er es bei Vorliegen der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung gewesen wäre.⁴⁵ Zusätzlich muss ein, der gesetzlichen Pflegeversicherung entsprechender Schutz bestehen, auch wenn dies in § 7a Abs. 6 SGB IV nicht ausdrücklich genannt ist.⁴⁶ Zum Erfüllen der dritten Voraussetzung genügt, bei der anderweitigen Vorsorge im Vergleich zur gesetzlichen Rentenversicherung, eine Altersvorsorge. Eine Absicherung beispielsweise gegen das Risiko einer Erwerbsminderung ist per Gesetz ausdrücklich nicht gefordert.⁴⁷ Durch die Möglichkeit den Beginn zu verlegen, kann vor allem vermieden werden, dass ein Beschäftigter, der fälschlicherweise davon ausgeht sich aufgrund seiner Selbstständigkeit eigenverantwortlich absichern zu müssen, durch eine doppelte Beitragszahlung belastet wird.

Auch für den Arbeitgeber ergeben sich Vorteile aus der Verlegung des Versicherungsbeginns. Der von ihm zu zahlende Gesamtsozialversicherungsbeitrag wird nach § 7a Abs.6 S.2 SGB IV erst fällig, wenn die Entscheidung der Clearingstelle unanfechtbar geworden ist. Unanfechtbar ist der Bescheid, wenn innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe kein Widerspruch gegen die Entscheidung eingelegt wurde. In diesem Falle sind keine Säumniszuschläge zu befürchten und der

⁴⁵ Ausführlich dazu Schmidt, Rz.568-574; Rundschreiben 13.04.2010, S.12.

⁴⁶ Vgl. Rundschreiben 13.04.2010, S.12.

⁴⁷ Vgl. Rundschreiben 13.04.2010, S.12.

Arbeitgeber kann den vom Arbeitnehmer zu tragenden Anteil der Beiträge vom Lohn einbehalten, ohne dabei auf die letzten drei Monate beschränkt zu sein.⁴⁸

Ist eine der drei oben genannten Voraussetzungen nicht erfüllt, so beginnt die Versicherungspflicht nach den allgemeinen Regelungen automatisch mit dem Beginn des Beschäftigungsverhältnisses.⁴⁹ Der Arbeitgeber muss dann den Gesamtsozialversicherungsbeitrag zuzüglich der Säumniszuschläge für die Vergangenheit bezahlen. Die Säumniszuschläge entstehen dabei, weil nach § 23 Abs.1 SGB IV die Beiträge am drittletzten Bankarbeitstag des Monats, für das das Arbeitsentgelt bezahlt wurde, fällig werden. Eventuelle Restbeträge sind am drittletzten Bankarbeitstag des Folgemonats fällig. Zum Zeitpunkt der Entscheidung der Clearingstelle sind diese Stichtage für einige Beschäftigungsmonate bereits überschritten und der Arbeitgeber ist folglich mit den Beitragszahlungen im Rückstand. Der Arbeitnehmer muss seinen Anteil an den Beiträgen nur bedingt für die Vergangenheit tragen. Nach § 28g S.3 SGB IV darf der Arbeitgeber den unterbliebenen Abzug nur innerhalb der nächsten drei Lohnabrechnungen nachholen. Bei einer monatlichen Lohnabrechnung kann zum Zeitpunkt der Entscheidung also nur für maximal drei Monate in die Vergangenheit der Lohnabzug nachgeholt werden. Für die restlichen Monate trägt der Arbeitgeber den Anteil des Arbeitnehmers mit.⁵⁰

⁴⁸ Nähere Informationen im Rundschreiben 13.04.2010, S.13.

⁴⁹ Vgl. Reinhardt in LPK-SGB VI § 1 Rz.6.

⁵⁰ Vgl. Schmidt, Rz. 533,567.

5.1.2 Rechtsbehelf und Ausschluss des Verfahrens

Sind die Beteiligten mit der Entscheidung der Clearingstelle nicht einverstanden, so können sie zunächst Widerspruch und ggf. Klage gegen den Bescheid erheben. Beides führt zunächst einmal dazu, dass die Beiträge zur Sozialversicherung erst nach Erlass des Widerspruchsbescheides oder spätestens mit dem Gerichtsurteil fällig werden.⁵¹

Der Antrag auf ein obligatorisches Statusfeststellungsverfahren unterliegt keiner zeitlichen Ausschlussfrist, das heißt, dass er grundsätzlich jederzeit gestellt werden kann. Es empfiehlt sich in zweifelhaften Fällen, wegen der oben genannten Monatsfrist und der Aufsummierung eventueller Beitragsforderungen und Säumniszuschlägen, zeitnah nach Beschäftigungsbeginn einen Antrag zu stellen. Außerdem ist das Verfahren ausgeschlossen, wenn entweder ein Verfahren seitens der Einzugsstelle nach § 28h Abs.2 SGB IV eingeleitet wurde, oder nach § 28p SGB IV eine Betriebsprüfung durch den Prüfdienst der Rentenversicherung beim Arbeitgeber angekündigt wurde.⁵²

5.2 Obligatorisches Anfrageverfahren

Neben dem optionalen Anfrageverfahren wurde erstmals zum 01.01.2005 ein obligatorisches Anfrageverfahren für bestimmte Personenkreise eingeführt, bei denen die Beurteilung des versicherungsrechtlichen Status oftmals fehlerbehaftet ist.⁵³ Das obligatorische Verfahren ist in § 7a Abs.1 S.2 SGB IV verankert. Der Personenkreis umfasst die geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH, sowie den Ehegatten, Lebenspartner⁵⁴ oder

⁵¹ Vgl. Schmidt, Rz.568.

⁵² Vgl. Schmidt, Rz.564; Rundschreiben 13.04.2010, S.9f.

⁵³ Vgl. *Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* vom 24.12.2003 (BGBl. 2003 I S.2954; Anlage 17), *Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren (Verwaltungsvereinfachungsgesetz)* vom 21.03.2005 (BGBl. 2005 I S.818; Anlage 18) und *Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze* vom 19.12.2007 (BGBl. 2007 I S.3024; Anlage 19), *Zweites Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze* vom 21.12.2008 (BGBl. 2008 I S.2933; Anlage 20).

⁵⁴ Der Begriff Lebenspartner umfasst im sozialversicherungsrechtlichen Sinne ausschließlich die eingetragene Lebenspartnerschaft zweier gleichgeschlechtlicher Menschen nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, nicht jedoch die im allgemeinen Sprachgebrauch übliche Bedeutung des Lebensgefährten.

Abkömmling⁵⁵ eines Arbeitgebers. Diese Art des Statusfeststellungsverfahrens setzt an der bereits beschriebenen Meldepflicht des Arbeitgebers an. Der Arbeitgeber hat bei der vorgeschriebenen Meldung eines Beschäftigungsbeginns an die Einzugsstelle gemäß § 28a Abs.3 S.2 Nr.1 Buchst. d und e SGB IV anzugeben, ob es sich bei dem Mitarbeiter um eine Person des oben genannten Personenkreis handelt. Sollte dies zutreffen, leitet die Einzugsstelle automatisch ein Anfrageverfahren bei der Clearingstelle ein.⁵⁶ Mit dem obligatorischen Anfrageverfahren soll vermieden werden, dass bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses kein Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht, weil irrtümlich eine abhängige Beschäftigung angenommen wurde.⁵⁷ Wird das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung festgestellt, beginnt die Versicherungspflicht mit Beginn der Beschäftigung. Ein späterer Beginn, analog zum optionalen Anfrageverfahren, ist nicht möglich, da durch die Meldung zur Einzugsstelle bereits zum Ausdruck kommt, dass der Arbeitgeber prinzipiell von einer abhängigen Beschäftigung ausgeht.⁵⁸

Es bleibt zu beachten, dass der Anstoß des Verfahrens von der Grundannahme des Arbeitgebers abhängig ist. Geht dieser von vornherein davon aus, dass der Geschäftsführer der GmbH, der Ehegatte, Lebenspartner oder Abkömmling in seiner Firma selbstständig tätig ist, wird er keine Meldung an die Einzugsstelle abgeben. Das obligatorische Anfrageverfahren verhindert demnach nur, dass Selbstständige irrtümlich als abhängig Beschäftigte angesehen werden. Es ist damit nicht als Instrument zum Aufdecken von Scheinselbstständigkeiten anzusehen.

⁵⁵ Abkömmlinge sind neben den leiblichen und adoptierten Kindern auch die Enkel und Urenkel des Arbeitgebers. Stief- und Pflegekinder sind keine Abkömmlinge.

⁵⁶ Vgl. Rundschreiben 13.04.2010, S.6.

⁵⁷ Vgl. R1 der RAA DRV-BW zu § 7a SGB IV, Inhalt der Regelung (Anlage 21); BT-Drucks. 15/1749, S. 35 (Anlage 22).

⁵⁸ Vgl. R5 der RAA DRV-BW zu § 7a SGB IV, Beginn der Versicherungspflicht im Anfrageverfahren (Anlage 23); Rundschreiben 13.04.2010, S.17.

6 Volkswirtschaftliche Größenordnung der Selbstständigen

Die Abgrenzungsproblematik ist und bleibt ein Dauerstreitthema. Der stetig wachsende Katalog an Abgrenzungskriterien und der Fakt, dass noch immer viele Statusfragen erst durch Gerichtsurteile geklärt werden können, lassen den Eindruck entstehen, dass die Abgrenzung ein großes Problem im deutschen Sozialversicherungsrecht ist. In diesem Kapitel wird dargestellt, wie die zahlenmäßige Verteilung von abhängig Beschäftigten und selbstständig Tätigen in Deutschland ist, um einen Eindruck für die Bedeutsamkeit des Streites um die Versicherungspflicht zu vermitteln.

6.1 Versicherungspflicht für Selbstständige

Nach den allgemeinen Grundsätzen der gesetzlichen Sozialversicherungen gilt, dass Selbstständige nicht von der Versicherungspflicht erfasst werden. Sie müssen weder Beiträge zu diesem Sicherungssystem zahlen, noch können sie Leistungen daraus erwarten. Die Absicherung gegen Krankheitsfälle, die Vorsorge für das Alter, für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit und ähnliches ist von ihnen eigenverantwortlich durchzuführen. Hierzu besteht die Möglichkeit sich entweder freiwillig im gesetzlichen Sozialversicherungssystem oder im Rahmen der privaten Versicherungswirtschaft abzusichern.

Diese Aussage gilt jedoch nicht uneingeschränkt für alle Sozialversicherungszweige und nicht für alle Selbstständigen. In der gesetzlichen Rentenversicherung besteht die Versicherungspflicht auch für ausgewählte Selbstständige. Welche Selbstständigen dies betrifft, ist in § 2 SGB VI festgelegt. Der Gesetzgeber schreibt somit diesen sozial Schutzbedürftigen die Absicherung auf den Gebieten Erwerbsminderungsschutz, Schutz der Hinterbliebenen beim Tod des versicherten Selbstständigen und Altersvorsorge vor. Die Spezialvorschrift des § 2 SGB VI regelt jedoch ausdrücklich nur die Versicherungspflicht der Selbstständigen in der gesetzlichen Rentenversicherung. In der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung tritt keine Zwangsversicherung ein,

sodass diese Bereiche nach wie vor selbstverantwortlich versichert werden müssen.

Versicherungspflichtig nach der oben genannten Vorschrift sind

- Lehrer und Erzieher
- Pflegepersonen in der Kranken-, Wochen-, Säuglings- oder Kinderpflege
- Hebammen und Entbindungspfleger
- Seelotsen
- Künstler und Publizisten
- Hausgewerbetreibende
- Künstler und Küstenfischer
- Handwerker
- Selbstständige, die im Wesentlichen nur für einen Auftraggeber tätig sind

wenn sie die gesetzlich festgelegten Voraussetzungen erfüllen.⁵⁹

Auch diese ausgewählten Selbstständigen werden durch die Versicherungspflicht Teil der Solidargemeinschaft und haben grundsätzlich Anspruch auf Sozialleistungen, die durch die gesetzliche Rentenversicherung gewährt werden können. Dazu gehören beispielsweise Leistungen zur Teilhabe, Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten. Die Voraussetzungen unter denen Leistungen erbracht werden, sind zum Teil für abhängig Beschäftigte und Selbstständige unterschiedlich.⁶⁰ Diese Ungleichbehandlung ist jedoch notwendig, da sich die Erwerbssituationen der Personenkreise voneinander unterscheiden.

⁵⁹ Dazu ausführlich Reinhardt in LPK-SGB VI § 2 Rz.4ff.

⁶⁰ Siehe dazu beispielsweise die Unterscheidung beim Anspruch auf Übergangsgeld während einer medizinischen Leistung zur Teilhabe § 20 Nr.1 und Nr.3a SGB VI i.V.m. § 21 Abs.2 SGBVI und § 47 Abs. 1 S.1 SGB IX. Ein abhängig Beschäftigter muss im letzten abgerechneten Kalendermonat vor Beginn der Leistung oder einer vorausgegangenen durchgehenden Arbeitsunfähigkeit einen Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt haben. Der Beitrag des Selbstständigen muss im letzten Kalenderjahr vor Beginn der Leistung gezahlt worden sein.

Ein gravierender Unterschied zu den abhängig Beschäftigten besteht bei der Pflicht zur Beitragsentrichtung. Nach § 169 Nr. 1 SGB VI tragen Selbstständige ihre Beiträge in voller Höhe selbst.⁶¹ Die Erleichterung, dass der Arbeitgeber die Hälfte des Sozialversicherungsbeitrages trägt scheidet aus.

Auch die Meldepflicht zur Sozialversicherung muss der versicherungspflichtige Selbstständige eigenverantwortlich wahrnehmen. Nach § 190a SGB VI hat er die Pflicht sich innerhalb von drei Monaten nach Aufnahme seiner Tätigkeit beim Rentenversicherungsträger zu melden.⁶² Bei Unterlassen der Meldung drohen dem Selbstständigen dieselben Risiken wie einem meldesäumigen Arbeitgeber: die Nachforderung der Beiträge für maximal 4 Jahre in die Vergangenheit, Säumniszuschläge und eventuell ein Bußgeld wegen des Meldeversäumnisses.

⁶¹ Mit Ausnahme der Künstler, Publizisten und Hausgewerbetreibenden.

⁶² Siehe auch Formulare in den Anlagen 24-27. Auf Ausführungen zur Möglichkeit der Antragspflichtversicherung innerhalb der ersten fünf Jahre nach § 4 Abs.2 SGB VI wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Nachzulesen unter anderem bei Reinhardt in LPK-SGB VI § 4 Rz.9 und unter Punkt R3 der RAA DRV-BW zu § 4 Abs.2 SGB IV (Anlage 28).

6.2 Verhältnis der Selbstständigen zu abhängig Beschäftigten

Zur Veranschaulichung der Statistischen Daten wurde ein Zeitraum von zehn Jahren gewählt.⁶³

Abbildung 1 - Verhältnis der Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung⁶⁴

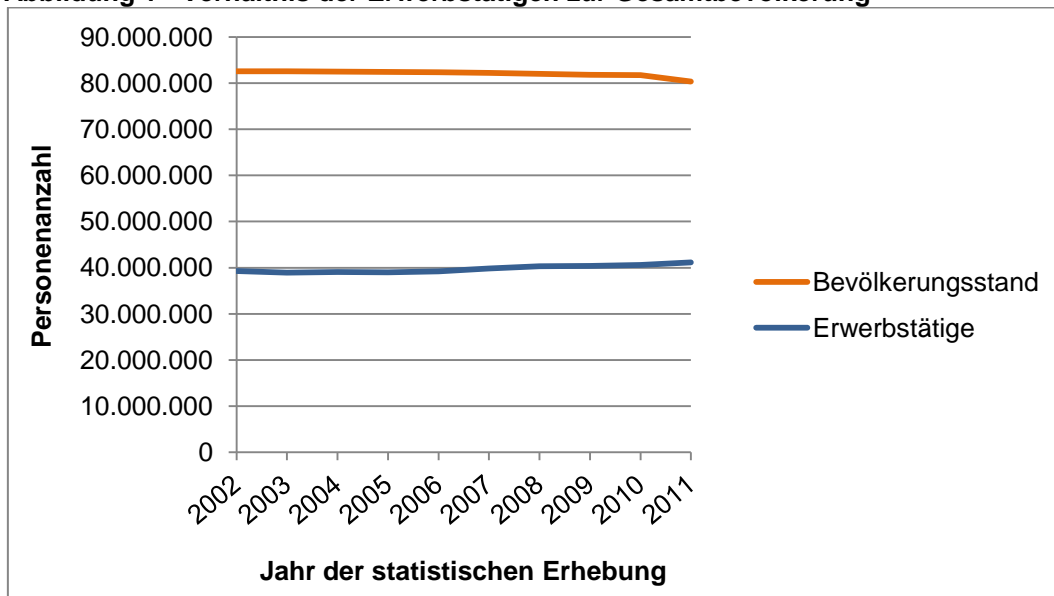
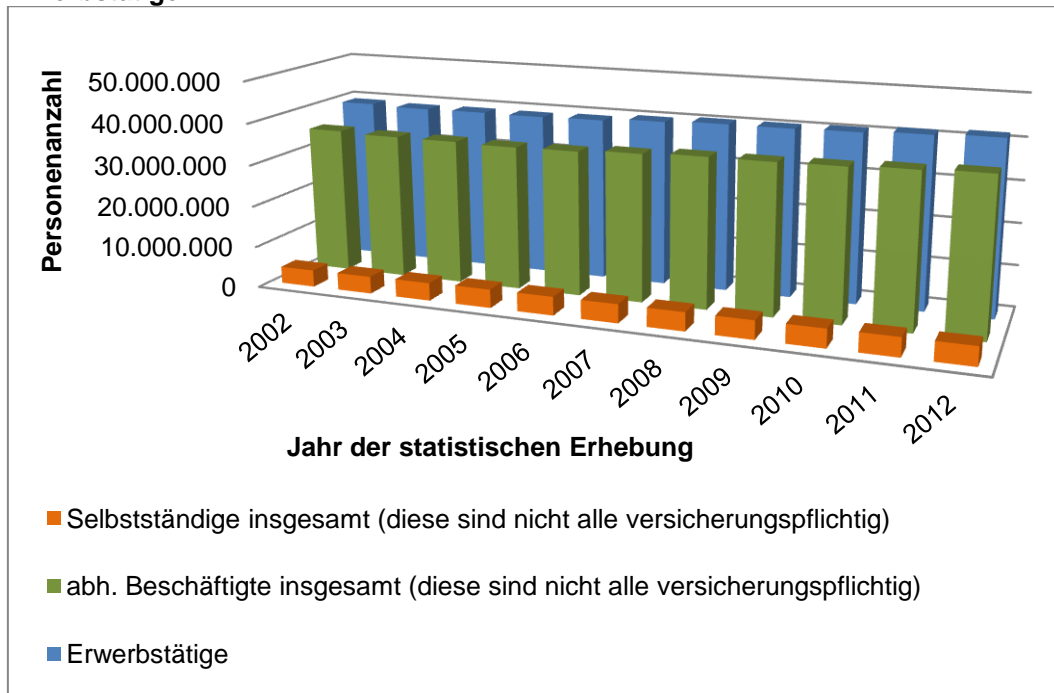


Abbildung 1 zeigt, dass die Bevölkerungszahl über einen längeren Zeitraum konstant bei etwa 80 Millionen Menschen und die Zahl der Erwerbstätigen bei ca. 40 Millionen Menschen liegen. In Deutschland ist folglich in etwa die Hälfte der Bevölkerung erwerbstätig. Unter die nicht Erwerbstätigen fallen beispielsweise Kinder, Menschen, die altersbedingt im Ruhestand sind, Arbeitslose, durch Krankheit am Erwerb verhinderte, etc.

⁶³ Ein weitreichender Zeitraum ermöglicht fundierte Schlussfolgerungen. Die Beschränkung auf lediglich zehn Jahre wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit gewählt. Da das Sozialversicherungsrecht stetig rechtlichen Änderungen unterworfen ist, stellt die Beschränkung außerdem sicher, dass die statistischen Daten keine längst veralteten Rechtsgrundlagen des Versicherungsrechtes umfassen und somit ein aktuelles Bild der Versichertenstruktur sichtbar wird.

⁶⁴ Die Herkunft der Daten für sämtliche Abbildungen ist in Anlage 29 dokumentiert.

Abbildung 2 - Verteilung der Beschäftigten und Selbstständigen in Bezug auf alle Erwerbstätigen



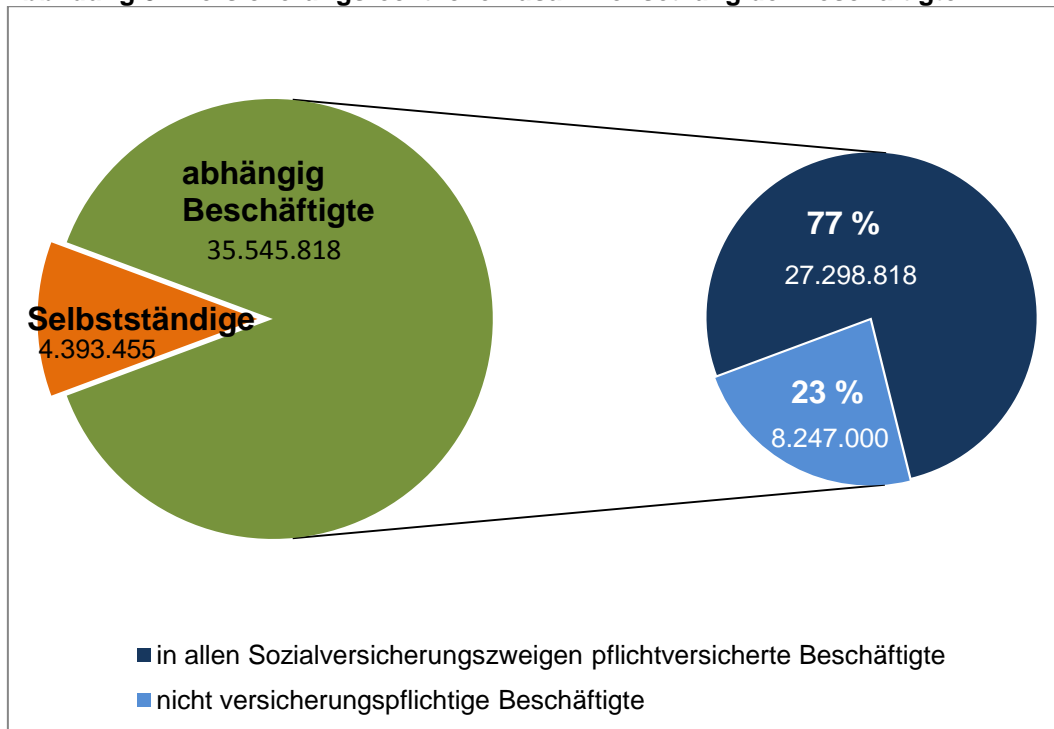
Die ca. 40 Millionen Erwerbstätigen, die in Abbildung 2 durch blaue Balken dargestellt sind, untergliedern sich in abhängig Beschäftigte und selbstständig Tätige. An den grünen Balken deutlich erkennbar ist, dass in Deutschland wesentlich mehr Menschen abhängig beschäftigt sind. Die Zahl dieser Beschäftigten liegt, bezogen auf den gewählten Zeitraum, im Durchschnitt bei 35.545.818 Personen. Verglichen mit durchschnittlich 39.939.273 Erwerbstätigen, beträgt der Anteil der Beschäftigten 89%.

Für die selbstständig Tätigen ergibt sich bei durchschnittlich 4.393.445 Personen ein Anteil von lediglich 11%.

In Abbildung 2 sind die Erwerbsstatus als Ganzes unterschieden, beide Teilgruppen beinhalten jeweils versicherungspflichtige und nicht versicherungspflichtige Personen.

Eine eingehendere Betrachtung des Personenkreises der abhängig Beschäftigten ist in Abbildung 3 einsehbar.⁶⁵

Abbildung 3 - Versicherungsrechtliche Zusammensetzung der Beschäftigten



Das linke Kreisdiagramm bildet die Gesamtheit aller Erwerbstätigen mit der Aufteilung in Beschäftigte und Selbstständige ab.

Das rechte Kreisdiagramm zeigt die versicherungsrechtliche Verteilung der abhängig Beschäftigten. Die zu Grunde liegenden Werte beziehen sich nicht auf die Versicherungspflicht in allen Sozialversicherungszweigen, sondern nur auf die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, da die Selbstständigen, wie in Kapitel 6.1 dieser Ausarbeitung beschrieben, im Bereich der Rentenversicherung einem Versicherungszwang unterliegen können.

Von 35.545.818 Beschäftigten sind 27.298.818 versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies entspricht einem Anteil von 77%. Die verbleibenden 8.247.000, bzw. 23% der Beschäftigten,

⁶⁵ Die Abbildungen 3, 4 und 5 beziehen sich auf die Durchschnittswerte aus dem Gesamtzeitraum der Statistikauswertung.

unterliegen dem Versicherungszwang nicht⁶⁶, oder sind durch spezielle gesetzliche Regelungen im Rentenversicherungsrecht von der Versicherungspflicht ausgenommen, obwohl sie nach den in Kapitel 3.1 erläuterten Kriterien prinzipiell versicherungspflichtig wären.⁶⁷

Im Sozialversicherungsrecht ist der Fachbegriff für diese Ausnahmeregelungen Versicherungsfreiheit, geregelt in § 5 SGB VI. Beschäftigte, welche unter die Regelungen über die Versicherungsfreiheit fallen, sind automatisch, also kraft Gesetzes, von der Versicherungspflicht ausgenommen. Sie müssen also keinen Antrag stellen und können sich auch nicht gegen die Versicherungsfreiheit entscheiden.

Hierzu zählen nach § 5 Abs. 1 S.1 Nr.1 SGB VI beispielsweise Beamte und Richter auf Lebenszeit, da sie bereits in speziellen Sicherungssystemen abgesichert sind. Auch Rentner, die eine Vollrente wegen Alters beziehen, sowie Pensionäre sind nach § 5 Abs. 4 Nr.1 und 2 SGB VI versicherungsfrei.

Einen bedeutenden Anteil an den 23% haben auch die geringfügig entlohnt Beschäftigten, besser bekannt als Minijobber.⁶⁸ Für sie besteht in der gesetzlichen Rentenversicherung die Möglichkeit auf Antrag von der Versicherungspflicht befreit zu werden. Im Gegensatz zur automatisch greifenden Versicherungsfreiheit muss der Beschäftigte handeln um aus dem Versicherungszwang auszusteigen. Die Befreiungsoption ist in § 6 Abs.1b SGB VI geregelt.⁶⁹

⁶⁶ Nicht versicherungspflichtig sind Personen, auf die die Kriterien aus Kapitel 3.1 nicht zutreffen. Es handelt sich bei dieser Begrifflichkeit um die strittige Problematik Beschäftigte von Selbstständigen zu unterscheiden.

⁶⁷ Hierbei steht bereits endgültig fest, dass eine abhängige Beschäftigung vorliegt und somit grundsätzlich die Zwangsversicherung in allen Sozialversicherungszweigen greift. Auf dem Gebiet der einzelnen Sozialversicherungsträger (hier: Rentenversicherung) kann jedoch durch spezielle gesetzliche Regelungen vom Grundsatz abgewichen werden. Die speziellen Regelungen in einem Sozialversicherungszweig haben jedoch keinen Einfluss auf die anderen Zweige.

⁶⁸ Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt gemäß § 8 Abs.1 Nr.1 SGB IV vor, wenn das monatliche Arbeitsentgelt regelmäßig nicht über 450 Euro liegt. Bis zum 31.12.2012 lag diese Grenze bei 400 Euro.

⁶⁹ Auf die Rechtslage vor 2013, sowie die zahlreichen Übergangsregelungen wird im Rahmen dieser Bachelorarbeit nicht eingegangen.

Es gibt noch weitere Regelungen, durch die Beschäftigte von der Versicherungspflicht ausgenommen werden; eine abschließende Aufzählung soll in dieser Ausführung nicht erfolgen.

Abbildung 4 - Versicherungsrechtliche Zusammensetzung der Selbstständigen

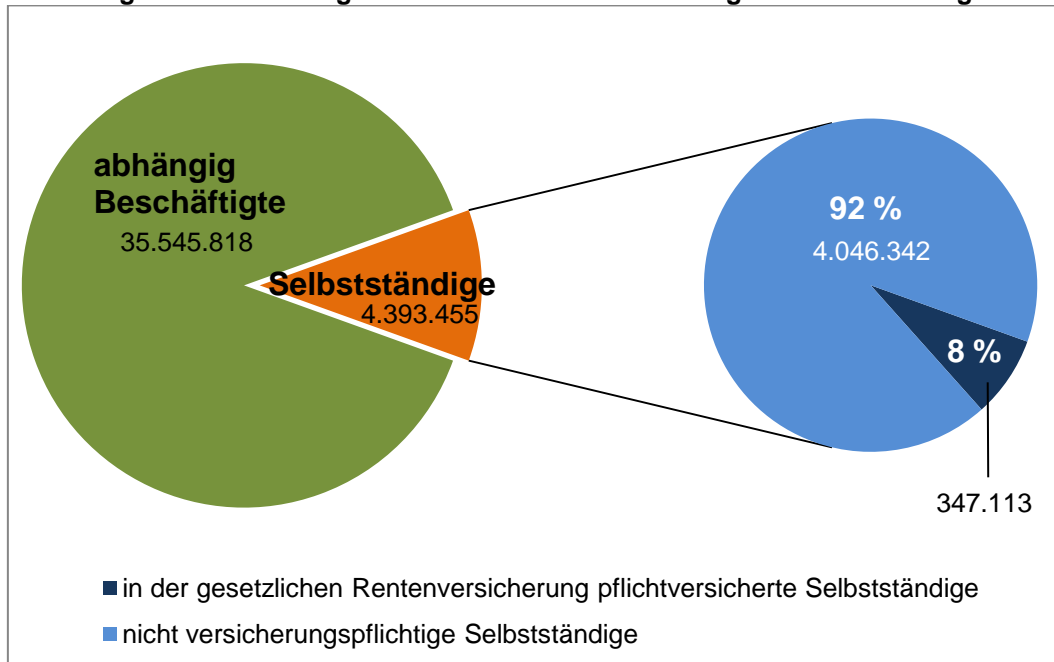


Abbildung 4 veranschaulicht die Gegenseite der abhängig Beschäftigten. Im linken Kreisdiagramm ist wiederum die Darstellung der Erwerbstätigen insgesamt. Im rechten Kreisdiagramm ist ersichtlich, dass nur 347.113, also 8% aller Selbstständigen, in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig nach § 2 SGB VI sind.

4.046.342, bzw. 92% der Selbstständigen sind, analog zu den Ausführungen zu den Beschäftigten, entweder de facto nicht versicherungspflichtig, weil sie keine der in § 2 SGB VI geforderten Voraussetzungen erfüllen, versicherungsfrei⁷⁰ oder von der Versicherungspflicht befreit.⁷¹

Da die Versicherungspflicht für Selbstständige nur in der gesetzlichen Rentenversicherung eintreten kann, lässt sich zusammenfassend sagen,

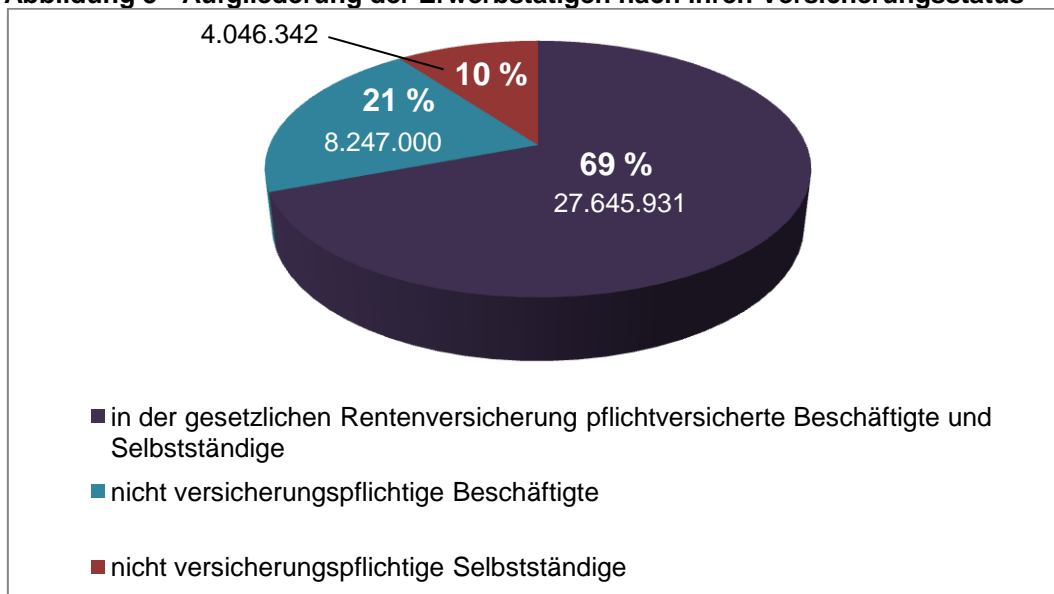
⁷⁰ Beispielsweise aufgrund eines geringfügigen Arbeitseinkommens. Siehe § 5 Abs.2 Nr.2 SGB VI.

⁷¹ Unter anderen Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben, wenn für sie 18 Jahre lang Pflichtbeiträge gezahlt wurden. Siehe § 6 Abs.1 Nr.4 SGB VI.

dass 92% aller Selbstständigen in keinem der fünf Sozialversicherungszweige versicherungspflichtig sind.

Der Anteil von 92% nicht versicherungspflichtiger Selbstständiger erscheint immens. Um jedoch einen Einblick in das Gesamtausmaß der Schwierigkeiten bei der sozialversicherungsrechtlichen Abgrenzung einer selbstständigen Tätigkeit von einer abhängigen Beschäftigung zu erhalten, sollten die nicht versicherungspflichtigen Personenkreise ins Verhältnis zu allen Erwerbstätigen gesetzt werden. Dies ist in Abbildung 5 dargestellt.

Abbildung 5 - Aufgliederung der Erwerbstätigen nach ihren Versicherungsstatus



27.645.931 der ca. 40 Millionen Erwerbstätigen unterliegen in der gesetzlichen Rentenversicherung dem Versicherungszwang; sie haben also keine Möglichkeit sich aus diesem Sicherungssystem auszugliedern und sich stattdessen anderweitig abzusichern.⁷² Dies entspricht einem Anteil von 69%.⁷³

⁷² Eine zusätzliche Absicherung, außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Beispiel über Riester-/Rürup-Verträge oder private Versicherungsverträge ist natürlich jederzeit möglich.

⁷³ Der Anteil umfasst sowohl Selbstständige, als auch abhängig Beschäftigte. Auf eine Differenzierung wird an dieser Stelle verzichtet. Die ungefähre Verteilung ergibt sich aus den Abbildungen 3 und 4.

31% aller Erwerbstätigen werden nicht von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung erfasst. Um die Abgrenzungsproblematik zu analysieren, wird an dieser Stelle nach Personenkreisen differenziert.

Die nicht versicherungspflichtig Beschäftigten haben mit 8.247.000 Personen einen Anteil von 21% an allen Erwerbstätigen. Wie bereits den Erläuterungen zur Abbildung 3 entnommen werden kann, ergibt sich dieser zahlenmäßig große Anteil auch aus den vielfältigen Regelungen zur Versicherungsfreiheit oder Befreiung von der Versicherungspflicht. Das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung ist jedoch bereits festgestellt. Es verbleiben mit 4.046.342 Personen 10% „echte Selbstständige“, die sich eigenverantwortlich um ihre Absicherung kümmern können und müssen.

Die zahlreichen Abgrenzungskriterien aus Kapitel 3, die gravierenden Konsequenzen einer Fehleinschätzung aus Kapitel 4 und die Einführung des in Kapitel 5 erläuterten Statusfeststellungsverfahrens dienen einzig und allein dem Zweck 10% der Erwerbstätigen aus dem Zwang zur Sozialversicherung auszugrenzen.

7 Überlegungen zur Ausweitung der Versicherungspflicht

In der statistischen Betrachtung wurde das Augenmerk nur auf die gesetzliche Rentenversicherung gelegt. Doch auch in Bezug auf die anderen Sozialversicherungszweige lässt sich provokativ sagen:

Obwohl nur 11% aller Erwerbstätigen überhaupt selbstständig tätig sind, ergibt sich für die Sozialversicherungsträger aller Zweige ein immenser Verwaltungsaufwand, weil diese durchschnittlich 4.393.455 Personen grundsätzlich nicht gezwungen sind, sich in das gesetzliche Sozialversicherungssystem einzugliedern. Einem kleinen Teil dieser Selbstständigen wurde bereits in einem der fünf Sozialversicherungszweige die Versicherungspflicht auferlegt. Wird zusätzlich bedacht, dass von diesen rund 4,5 Millionen Selbstständigen eventuell einige ihre Möglichkeit nutzen freiwillig in das gesetzliche Sozialversicherungssystem⁷⁴ einzuzahlen, wird der Anteil der nicht gesetzlich versicherten Selbstständigen noch geringer.

7.1 Unerwünschte Folgen der Ausgrenzung von Selbstständigen

Womöglich sind einige unerwünschte Nebeneffekte der Abgrenzungproblematik hausgemacht. Schafft der Gesetzgeber mit der Ausgrenzung der Selbstständigen aus dem gesetzlichen Sozialversicherungssystem nicht selbst einen Spielraum für Scheinselbstständigkeit?

Da Selbstständige nicht versicherungspflichtig sind, fallen für sie keine Sozialversicherungsbeiträge an und sie müssen nicht an die Einzugsstelle gemeldet werden. Zusätzlich fallen für sie nach geltendem Arbeitsrecht keine Arbeitgeberpflichten, wie beispielsweise Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und Urlaubsansprüche an. Auch das Kündigungsschutzgesetz schützt nur abhängig Beschäftigte, sodass sich ein Unternehmen oder ein einzelner Auftraggeber von einem selbstständig Tätigen leichter trennen kann, als von einem Arbeitnehmer. Die Eingliederung der Selbstständigen in die gesetzliche Sozialversicherung würde möglicherweise

⁷⁴ An dieser Stelle sei nicht nur an die freiwillige Versicherung in der Rentenversicherung, sondern auch an die freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gedacht.

zumindest den Teil der Scheinselbstständigkeit eindämmen, der auf die Einsparung von Sozialversicherungsbeiträgen ausgerichtet ist.

Der Grundsatz „Unwissenheit schützt vor Strafe nicht“ gilt auch im vielschichtigen Sozialversicherungsrecht. In Kapitel 4 wurde bereits auf die teils existenzbedrohenden Konsequenzen einer Fehleinschätzung des Erwerbsstatus bzw. der Versicherungspflicht hingewiesen. Auch bei der bestehenden Verpflichtung eines versicherungspflichtigen Selbstständigen, sich selbst bei der Rentenversicherung zu melden, wird das „Nicht-Wissen“ nicht akzeptiert.⁷⁵

Das Sozialversicherungsrecht ist sehr komplex und beinhaltet seit jeher zahlreiche Ausnahmeregelungen. Auch die speziellen, für die einzelnen Sozialversicherungszweige maßgeblichen, Regelungen tragen nicht gerade zur Übersichtlichkeit und Verständlichkeit bei. Die Entkopplung der Selbstständigen aus der Versicherungspflicht gibt ihnen die Autonomie sich selbst um ihre Absicherung zu kümmern. Doch wie viel Autonomie und Eigenverantwortung kann dem Einzelnen in einem solch komplexen System zugesprochen werden? Zumal der soziale Gedanke darauf ausgerichtet ist, die Menschen gegen Risiken abzusichern und nicht neue Risiken zu schaffen.

Wird Autonomie in diesem Maße zugelassen, muss auch bedacht werden wie folgenschwer Fehleinschätzungen zu Buche schlagen. Rückforderungen von Sozialversicherungsbeiträgen, die den Selbstständigen seine Existenz kosten, können sprichwörtlich als „worst case“ bezeichnet werden. Dabei soll eigentlich nur sichergestellt sein, dass eine ausreichende soziale Absicherung besteht.

Gleichzeitig ist das soziale Sicherungssystem anfällig für Missbräuche. Eine bewusste Unterschlagung von Sozialversicherungsbeiträgen muss hart geahndet werden.

Auch Nachsicht in Bezug auf verspätete Beitragszahlungen ist im gesetzlichen Sicherungssystem fehl am Platz. Das „Druckmittel“ der Säumnis-

⁷⁵ Vgl. Kapitel 6.1 dieser Bachelorarbeit.

zuschläge und Bußgelder bei Verletzung der Meldepflichten ist unabdingbar, um den flüssigen Ablauf des Systems gewährleisten zu können. Da eine Unterscheidung zwischen „unwissenden“ Versicherungspflichtigen und den Versicherungspflichtigen, die sich bewusst der Beitragszahlung entziehen wollen, nicht möglich ist, treffen die Sanktionen alle gleichermaßen. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Wissensgefälle zwischen den Selbstständigen, die eigenverantwortlich auf dem Gebiet der Sozialversicherung tätig werden müssen, und den Sozialversicherungsträgern besteht. Dieses kann auch durch intensive Beratungen kaum, bzw. nicht einmal ansatzweise beseitigt werden. Vor allem weil das Sozialversicherungsrecht sich fortwährend ändert.

Es scheint daher grundsätzlich sinnvoller zu sein die Autonomie des Einzelnen einzuschränken, damit er keinen Verantwortungsbereich hat, den er nicht erfassen kann. Eine vollständige Eingliederung aller Selbstständigen in die gesetzliche Versicherungspflicht in allen Sozialversicherungszweigen würde diesen Personenkreis nicht nur gegen die sozialen Risiken absichern, sondern auch verhindern, dass die Sanktionen über ihren Zweck hinaus Wirkung entfalten.

7.2 Auswirkungen auf die Selbstständigen

Das BSG hat mit seinem Urteil vom 24.10.1978 festgestellt, dass in Abgrenzungsfragen, trotz des starken Gewichts der Sozialversicherung, nicht automatisch eine abhängige Beschäftigung unterstellt werden darf.⁷⁶ Bei Weiterführung dieses Gedankens sollte also auch nicht unterstellt werden, dass es für Selbstständige grundsätzlich besser wäre von der Versicherungspflicht in allen Sozialversicherungszweigen eingeschlossen zu sein. Vielmehr muss eingehend geprüft werden, ob sich die Versicherungspflicht für Selbstständige eher vorteilhaft oder nachteilig auswirken würde.

⁷⁶ Vgl. BSG vom 24.10.1978 - 12 RK 58/76 zitiert nach Marburger, Schnellkurs Sozialversicherung, S.78.

Eberhard Poppelbaum argumentiert in seinem Buch, dass für die GmbH-Geschäftsführer eine Vorsorge abseits der gesetzlichen Sozialversicherung „weitaus preisgünstiger“ und den „eigenen Vorstellungen entsprechend“ verwirklicht werden kann.⁷⁷ Vorteil einer privaten Vorsorge, die auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruht, sei insbesondere, dass sie das Einkommen kompensieren könne. Im Gegensatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, die aufgrund des demographischen Wandels⁷⁸ in Zukunft keine angemessene Rente mehr garantieren können wird.⁷⁹ Poppelbaum bezieht seine Aussage nur auf die Rentenversicherung. Sie kann jedoch auf alle Sozialversicherungszweige ausgeweitet werden, da das Sozialversicherungssystem als Ganzes vor den Herausforderungen steht, die der demographische Wandel mit sich bringt.

Eine gegenteilige Anschauung vertreten die Verbraucherschützer der Zeitschrift Finanztest, einer Unterabteilung der Stiftung Warentest, in der Zeitschriftenausgabe 1/2014⁸⁰. Finanztest vergleicht dabei die gesetzliche Rentenversicherung mit Rürup-Renten und privaten Rentenversicherungen. Die Berechnungen zeigen, dass die private Vorsorge für Selbstständige nur dann „günstiger“ ist, wenn die Betrachtung der steuerlichen Vorteile außer Acht gelassen wird. Ansonsten ist die private Rentenversicherung „der klare Verlierer“.⁸¹

Die gesetzlichen Renten und die Rürup-Renten sind sich rein rechnerisch in ihrer Rentabilität fast ebenbürtig. Lediglich die in der Rentenauszahlphase zu zahlenden Beiträge zur Krankenversicherung können

⁷⁷ Vgl. Poppelbaum, S.3.

⁷⁸ Der demographische Wandel beschreibt die Veränderung der Altersstruktur einer Gesellschaft. Durch steigende Lebenserwartungen und abnehmende Geburtenzahlen verschiebt sich das Verhältnis von alten Menschen zu jungen Menschen dergestalt, dass die ältere Generation wächst und die jüngere schrumpft. Für die Sozialversicherungen bedeutet dies, dass durch weniger Beitragszahler eine steigende Zahl an Leistungsempfängern finanziert werden muss.

⁷⁹ Vgl. Poppelbaum, S.1,3.

⁸⁰ Beigefügt als Anlage 44.

⁸¹ Vgl. Finanztest 1/2014, S.54.

dazu führen, dass eine Rürup-Rente für den Selbstständigen die schlechtere Wahl bedeutet.⁸²

Eine pauschale Aussage, dass die gesetzliche Rentenversicherung für alle bisher nicht versicherungspflichtigen Selbstständigen die vielversprechendere Absicherungsmöglichkeit darstellt, lässt sich nicht treffen. Zumal beispielsweise die von Poppelbaum benannten selbstständigen GmbH-Geschäftsführer aufgrund ihres Einkommens nicht vollumfänglich mit den Selbstständigen, die der Analyse von Finanztest zugrunde liegen, vergleichbar sind.

Dass die Höhe der gesetzlichen Rente immer niedriger sein wird, als das letzte Einkommen des Versicherten, ist eine unbestrittene Tatsache. Das sogenannte Rentenniveau bildet das Verhältnis der Rente zum letzten Einkommen des Versicherten ab.⁸³ Als Reaktion auf die Probleme des demographischen Wandels wurde die kontrollierte Senkung des Rentenniveaus politisch vorgegeben.⁸⁴ Die gesetzliche Rente ist eher als Basisabsicherung für das Alter zu sehen und hat daher nicht das Ziel das zu Erwerbszeiten verdiente Einkommen vollständig zu ersetzen. Jeder Erwerbstätige muss sich zusätzlich eigenverantwortlich absichern, um die Versorgungslücke im Alter zu schließen.

Anhaltspunkte, dass die private Absicherung für GmbH-Geschäftsführer günstiger wäre, erschließen sich der Verfasserin nicht. Die höhere Aussicht auf Gewinne im Kapitaldeckungsverfahren ist gleichzeitig auch dessen größte Schwäche. Die Kapitalmärkte reagieren sensibel auf Zinsschwankungen; der Gewinn, der durch die Investition in private Rentenversicherungen erwirtschaftet wird, ist dadurch kaum vorhersehbar. Auch negative Entwicklungen sind möglich. Das Umlageverfahren der

⁸² Vgl. Finanztest 1/2014, S.55.

⁸³ Zum besseren Verständnis wurde von der Verfasserin bewusst eine vereinfachte, nicht ganz korrekte Formulierung gewählt. Das Rentenniveau ist eine statistische Größe, die ermittelt wird, indem eine konstruierte Standardrente, die sogenannte „Eckrente“, eines Jahres durch das Durchschnittseinkommen aller Versicherten desselben Jahres geteilt wird. Quelle und nähere Informationen: http://www.haufe.de/sozialwesen/sgb-office-professional/rentenniveau_idesk_PI434_HI1153702.html, letzter Zugriff 22.04.2014.

⁸⁴ Vgl. Stellungnahme der Deutschen Rentenversicherung vom 03.09.2012 (Anlage 45).

gesetzlichen Rentenversicherung ist dagegen weniger den Schwankungen des Kapitalmarktes ausgesetzt.⁸⁵

Die von Poppelbaum benannte Möglichkeit, die eigene Altersvorsorge „nach eigenen Vorstellungen“ zu gestalten, ist wegen der bereits in Kapitel 7.1 dieser Arbeit beschriebenen Komplexität der sozialen Sicherungssysteme kritisch zu beurteilen.

Die Eingliederung der Selbstständigen in die Versicherungspflicht nimmt den Selbstständigen die Gestaltungsmöglichkeit ihrer Altersvorsorge, gleichzeitig werden beispielsweise die Existenzgründer zunächst entlastet, wenn sie zumindest ihre soziale Absicherung nicht eigenverantwortlich regeln müssen.

Da sich die Erwerbssituationen von abhängig Beschäftigten und Selbstständigen unterscheidet, sollte der Gesetzgeber über Regelungen zur Versicherungsfreiheit und Befreiungsmöglichkeiten auf die Bedürfnisse der Selbstständigen eingehen, um zu verhindern, dass die Zwangsabsicherung negative Auswirkungen hat. Auch die Verpflichtung zur Beitragszahlung sollte zum Beispiel auf unregelmäßig eingehendes Einkommen Rücksicht nehmen, damit die soziale Absicherung nicht zur Gefährdung der Existenz wird.

Zusammenfassend ist die Versicherungspflicht für Selbstständige nur dann sinnvoll, wenn geeignete Ausnahmeregelungen getroffen werden.

Neben der Versicherungspflicht besteht natürlich weiterhin die Gelegenheit der zusätzlichen Absicherung über private Versicherer oder beispielsweise in der gesetzlichen Krankenversicherung über Wahltarife, die den Leistungskatalog im Krankheitsfall ausweiten.

⁸⁵ Vgl. Finanztest 1/2014, S.53,56.

7.3 Auswirkungen auf die Sozialversicherungsträger

Durch Eingliederung der Selbstständigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen, wird die Zahl der Versicherten zunehmen. Da der Anteil der Selbstständigen relativ klein ist, sind die Auswirkungen jedoch überschaubar. Die Träger müssten eventuell personell aufrüsten. Denkbar wäre auch die Bildung von Fachabteilungen, in denen speziell geschulte Mitarbeiter auf die Belange der Selbstständigen reagieren können.

Es ist zu erwarten, dass die Rechtsstreitigkeiten um das Vorliegen oder Nichtvorliegen einer Beschäftigung zurückgehen, was zu einer Reduzierung der Verwaltungs- und Verfahrenskosten führen kann, sofern die gesetzlichen Regelungen nicht neue Unklarheiten schaffen.

7.4 Auswirkungen auf die Solidargemeinschaft

Die Erweiterung des versicherten Personenkreises führt dazu, dass die Solidargemeinschaft auch die Risiken der Selbstständigen tragen muss. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Beitragszahler zu, sodass sich die Risikotragung besser verteilt.

Eine Lösung für das Problem des demographischen Wandels bietet die Eingliederung der Selbstständigen wegen der geringen Personenanzahl jedoch nicht.

Die Ausweitung der Versicherungspflicht auf die Selbstständigen wird sich nur wenig auf die Solidargemeinschaft als Ganzes auswirken.

7.5 Auswirkungen auf die private Versicherungswirtschaft

Die Versicherungspflicht der Selbstständigen in den gesetzlichen Sozialversicherungszweigen hat auch Auswirkungen auf die privaten Versicherungsunternehmen. Sie müssen mit Einbußen rechnen, da ihnen ein Teil ihrer Versicherten „wegbricht“. Gleichwohl lässt sich sagen, dass die große Chance der privaten Versicherungsunternehmen im Angebot von zusätzlichen Vorsorgemöglichkeiten liegt.

Die gesetzlichen Sozialversicherungen sind nicht darauf ausgerichtet einen gewissen Lebensstandard zu sichern. Sie haben lediglich den Charakter einer Basisabsicherung. Darüber hinaus sollte eine zusätzliche private Vorsorge erfolgen, da sich die Versorgungslücke mit Voranschreiten des demographischen Wandels vergrößern wird. Eine rein gesetzliche Vorsorge wird in Zukunft nicht mehr ausreichen, dennoch ist die Verunsicherung in Sachen privater Altersvorsorge in der Bevölkerung so groß, dass viele Menschen sich nicht oder erst sehr spät zusätzlich absichern.⁸⁶

Auch Finanztest kritisiert, dass die private Versicherungswirtschaft in ihrem Produktsortiment nachbessern sollte. Nach Recherchen der Verbraucherzentrale gab es 2011 nur sechs gute Rürup-Verträge.⁸⁷ Auch bei den Riester-Verträgen schneiden von 42 Angeboten laut Finanztest nur fünf Verträge gut ab.⁸⁸

Eine echte Konkurrenzsituation zwischen den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen und der privaten Versicherungswirtschaft entsteht auch durch Eingliederung der Selbstständigen in die Versicherungspflicht nicht.

7.6 Diskussionen auf politischer Ebene

Der Gedanke selbstständig Tätige zur Altersvorsorge zu verpflichten ist nicht neu. Die Süddeutsche Zeitung berichtet in einem Artikel vom 21.03.2012, dass Arbeitsministerin Ursula von der Leyen eine „Altersvorsorgepflicht für selbstständig tätige Erwerbspersonen“ auf den Weg bringen will.⁸⁹

Da nur ein kleiner Teil der Selbstständigen in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig ist, besteht für die meisten Selbstständigen das Risiko der Altersarmut, wenn sie nicht rechtzeitig

⁸⁶ Vgl. Artikel „Rundum verunsichert“ vom 15.09.2012, Frankfurter Allgemeine Zeitung (Anlage 46).

⁸⁷ Vgl. Finanztest 1/2014, S.53.

⁸⁸ Vgl. Finanztest 12/2013 (Anlage 47).

⁸⁹ Vgl. Süddeutsche Zeitung, Selbstständige müssen künftig für die Rente vorsorgen (Anlage 48).

vorsorgen.⁹⁰ Um diesem Risiko entgegenzuwirken, wollte Von der Leyen alle Selbstständigen, die nicht freiwillig vorsorgen, der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung unterwerfen. Um eine Rente über dem Niveau der Grundsicherung im Alter zu erreichen, sollen die Selbstständigen monatlich Beiträge in Höhe von 350 - 400 Euro in die gesetzlichen Rentenkassen einzahlen.⁹¹

Bei der Verpflichtung zur Altersvorsorge sollen die Selbstständigen jedoch „die größtmögliche Freiheit“ haben.

Ausgenommen von der Versicherungspflicht wären

- Mitglieder berufsständischer Versorgungseinrichtungen (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten)
- Mitglieder der Künstlersozialkasse
- nebenberuflich Selbstständige
- Selbstständige, deren monatliches Einkommen aus der Tätigkeit unter 400 Euro liegt
- Selbstständige, die bei Einführung des Gesetzes bereits das 50. Lebensjahr vollendet haben
- Selbstständige, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, wenn sie nachweisen können, dass sie eine Basisabsicherung in Form von Lebens- oder Rentenversicherungsverträgen oder Vermögen haben.

Mit Hilfe von großzügigen Übergangsfristen war eine fließende Einführung des Versicherungszwangs geplant.

Für diejenigen Selbstständigen, die freiwillig vorsorgen, scheidet die Versicherungspflicht grundsätzlich aus. Auch die Art der Vorsorge sollte nicht vorgeschrieben sein. Denkbar wären Lebensversicherungen, Rürup-Renten oder auch die freiwillige Beitragszahlung zur gesetzlichen Rentenversicherung.

⁹⁰ Siehe auch Abbildung 4 im Kapitel 6.2 dieser schriftlichen Ausarbeitung.

⁹¹ 230-300 Euro pro Monat zur Altersvorsorge und 100 Euro zum Schutz gegen Erwerbsminderung.

CDU-Rentenexperte Peter Weiß bezeichnete diese Pläne 2012 als „riesigen sozialpolitischen Fortschritt“. Kritische Äußerungen an der grundsätzlichen Wahlmöglichkeit zwischen gesetzlicher und privater Rentenversicherung äußerten allerdings das DGB-Vorstandsmitglied Buntenbach und der rentenpolitische Sprecher der Grünen Strengmann-Kuhn. Es bestehe die Gefahr eines Zweiklassensystems, mit erheblichen Nachteilen für die gesetzliche Rentenversicherung.

Die geplante Versicherungspflicht für Selbstständige veranlasste den IT-Unternehmer Tim Wessels dazu eine öffentliche Petition gegen das Vorhaben zu starten.⁹² Am 15.10.2012 wurde das Thema vor dem Petitionsausschuss intensiv diskutiert.

Aus der Berichterstattung des Deutschen Bundestages geht hervor, dass das Ministerium für Arbeit und Soziales von einer Zwangsversicherung für selbstständig Tätige nicht abweichen wird. Lediglich die konkrete Umsetzungsmöglichkeit ist noch nicht endgültig festgelegt. Der parlamentarische Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel stellte außerdem fest, dass es sich bislang nur um Überlegungen innerhalb des Ministeriums handle.

Wessels ist der Meinung, dass die Selbstständigen in der Lage sind ihre Altersvorsorge selbst in die Hand zu nehmen. Die Zwangsversicherung könnte außerdem für so manchen Selbstständigen in die Insolvenz führen, falls die zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge betragsmäßig festgelegt werden, anstatt sie an das jeweilige Einkommen der Selbstständigen anzupassen.

Der Bundestagsabgeordnete Lehrieder sieht die eigenverantwortliche Vorsorge kritisch. Junge Selbstständige denken oft nicht an das Alter. Außerdem ist auch nicht davon auszugehen, dass die eigenverantwortliche Altersvorsorge für die Selbstständigen günstiger ausfällt als der geplante Versicherungszwang.

⁹² Vgl. Artikel „Die Rentenversicherungspflicht kommt“ aus dem Textarchiv des Deutschen Bundestages. (Anlage 49). Die gesamte Ausschusssitzung ist als Video über den in Anlage 49 angegebenen Weblink zu finden.

Auch die Vertreter der Linken, der Grünen und der FDP haben kein Verständnis für die Petition gegen die Versicherungspflicht, obwohl sie zugeben, dass an der Umsetzung selbiger noch nachgebessert werden muss.

Das Handelsblatt berichtet am 27.06.2013 über das Ergebnis des Petitionsausschusses.⁹³ Wegen der starr vorgegebenen Mindestbeiträge schloss sich der Petitionsausschuss der Meinung des Petenten Wessel an und sprach sich gegen die geplante Zwangsvorsorge für Selbstständige aus. Der Beschluss stellt klar: „Die Einführung einer Versicherungspflicht darf nicht dazu führen, Existenzgründungen zu verhindern.“ Wessels unterstreicht, dass „Regierungen Bürokratie abbauen und nicht aufbauen“ sollen.

Eine Entscheidung, durch die eine Versicherungspflicht für Selbstständige grundsätzlich ausgeschlossen wird, wurde jedoch nicht getroffen.

⁹³ Vgl. Artikel „Versicherungspflicht für Selbstständige abgelehnt“ (Anlage 50).

8 Fazit

Die Regelungen zur Versicherungspflicht für abhängig Beschäftigte sollen deren soziale Absicherung gewährleisten. Die Beschäftigten sind schon seit dem Jahre 1977 in das gesetzliche Sozialversicherungssystem eingegliedert. Sie unterliegen, ohne Rücksicht auf ihren Willen, dem Versicherungszwang, haben dadurch jedoch auch Anspruch auf zahlreiche Leistungen aus allen Versicherungszweigen. Der Vorteil der Absicherung, also der Anspruch auf die Sozialleistungen, rückt bei Streitgesprächen leider oft in den Hintergrund, obwohl die Absicherung durch Leistungen das Kernziel des sozialen Sicherungssystems ist.

Bei der Frage wer die Leistungen in welchem Umfang finanzieren soll, entstehen immer wieder Diskussionen. Für abhängig Beschäftigte wurde die Regelung getroffen, dass die Beiträge zur sozialen Sicherung zur Hälfte vom Arbeitgeber getragen werden müssen. Da der Arbeitgeber durch die Meldepflichten und seiner Position als Beitragsschuldner vom Gesetzgeber stark in die Pflicht genommen wurde, verläuft die soziale Absicherung für die abhängig Beschäftigten in der Regel „voll automatisch“. Der Beschäftigte wird entlastet, ist jedoch in seiner Autonomie eingeschränkt.

Da selbstständig Tätige größtenteils nicht von der Versicherungspflicht der gesetzlichen Sozialversicherungsträger erfasst werden, liegt deren Absicherung im eigenen Verantwortungsbereich. Beim Schritt in die Selbstständigkeit ist die Sorge um die eigene soziale Sicherung nicht das einzige Augenmerk eines Existenzgründers. Gesetzliche Rahmenbedingungen zu Geschäftsformen, Besteuerung der Einnahmen, Haftpflichtversicherungen für die unternehmerische Tätigkeit, Kostenkalkulationen, die Einschätzung der Wirtschaftslage und des Marktes und viele weitere Aspekte bedürfen seiner vollen Aufmerksamkeit. Es ist kaum übertrieben zu sagen, dass ein Mensch nicht alles „im Griff“ haben kann. Dass die

Sorge um die soziale Absicherung vor diesem Hintergrund oft unterbleibt oder nur in einem geringen Maße durchdacht wird, ist keine Spekulation, sondern messbare Realität. Selbst diejenigen Selbstständigen, die sich intensiv mit den möglichen Absicherungsvarianten auseinandersetzen und die zahlreichen Beratungsmöglichkeiten wahrnehmen, haben Schwierigkeiten die „richtige Entscheidung“ im komplexen Absicherungsangebot zu treffen. Klare Entscheidungshilfen finden sie hierbei kaum, da sie selbst die Erfolgsaussichten der Sicherungsmöglichkeiten gegeneinander abwägen müssen.

Die Politik hat den Handlungsbedarf gegen die Altersarmut von Selbstständigen erkannt, stieß jedoch zuletzt auf Widerstand bei der konkreten Umsetzung. Das Hauptproblem bei der sozialen Sicherung der Selbstständigen ist, dass mangels eines Arbeitgebers der gesamte Sozialversicherungsbeitrag vom Selbstständigen allein zu tragen ist. Selbstständige müssen bei gleicher Absicherung höhere Beiträge leisten, als abhängig Beschäftigte. Gleichzeitig könnte diese Zusatzbelastung beispielsweise über steuerliche Regelungen ganz oder teilweise ausgeglichen werden. An dieser Stelle ist die Politik stark gefordert.

Die Argumentation, dass sich Selbstständige mit geringem Einkommen die zwingende soziale Absicherung nicht leisten können, ist nach Ansicht der Verfasserin mit Vorsicht zu genießen. Der Petitionsausschuss stellt zwar klar, dass der Versicherungszwang nicht zur Verhinderung von Existenzgründungen führen darf. Gleichzeitig muss jedoch auch bedacht werden, dass eine Existenzgründung nicht die Konsequenz haben darf, aus finanziellen Gründen auf eine Absicherung der sozialen Risiken zu verzichten. Gerade in der kritischen Phase der Existenzgründung sollten keine Ausnahmeregelungen von der Versicherungspflicht getroffen werden, da in dieser Zeit die Gefahr eines Misserfolges am größten ist. In dieser Situation erfüllt die soziale Sicherung ihren Zweck.

Diese Ausarbeitung zeigt auf, dass die grundsätzliche Eingliederung der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherungspflicht nicht dem Zweck dienen soll, die Selbstständigen zu entmündigen oder sie einzugliedern, weil sie im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten in der Minderheit sind. Die Absicherung der Selbstständigen sollte der gesetzlichen Rentenversicherung anvertraut werden, weil dieser Personenkreis von der Eingliederung profitieren würde. Die Überlegungen zur Versicherungspflicht sollten sich auch nicht nur auf die Ebene der Altersvorsorge beschränken. Das gesetzliche Sicherungssystem bietet durch seine Stabilität und den vielschichtigen Leistungskatalog auch eine Absicherung an, die den Bedürfnissen der Selbstständigen gerecht wird. Natürlich müssten viele Detailfragen, vor allem zu Ausnahmeregelungen, noch geklärt werden.

Politik und Gesetzgebung werden gerne als ungerecht und einseitig gescholten. Fest steht, dass auch der Gesetzgeber nicht das sprichwörtliche Patentrezept für alle sozialen Fragen liefern kann. Da in den Sozialministerien viele Sachverständige aus verschiedenen Interessengruppen auf Augenhöhe über die soziale Absicherung diskutieren und beratend auf den Gesetzgeber einwirken, wird das Ergebnis weitestgehend positiv für alle Beteiligten ausfallen. Die Eingliederung der Selbstständigen in die gesetzliche Sozialversicherung wird keinesfalls reibungslos ablaufen. Zu Bedenken ist auch, dass sich die einmal festgelegten gesetzlichen Regelungen durch eben diese Konflikte in Zukunft durch die Rechtsprechung an den Sozialgerichten weiterentwickeln werden. Die befürchtete Benachteiligung der Selbstständigen wird ausbleiben, da diese zum Beispiel über Gerichtsverfahren Einfluss auf die Ausgestaltung der gesetzlichen Regelungen nehmen werden. Zusammen mit den zusätzlich möglichen privaten Absicherungsmodellen, die die gesetzliche Basisversorgung ergänzen, ist der Grundstein gegen die erwartete Altersarmut von Selbstständigen gelegt.

Literaturverzeichnis

Deutsche Rentenversicherung Bund: SGB IV - Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung - Text und Erläuterungen, 20. Aufl., 2012, Berlin: CPI books GmbH, Leck (zitiert als RV-SGB IV).

Marburger, Horst: Betriebsprüfung der Sozialversicherung, Schriftenreihe Das Recht der Wirtschaft, Band 242, 2. Aufl., 2013, Stuttgart: Boorberg.

Marburger, Horst: Die Sozialversicherung, Schriftenreihe Das Recht der Wirtschaft, Band 74, 16. Aufl., 2010, Stuttgart, München [u.a.]: Boorberg (zitiert als Marburger, RdW Band 74).

Marburger, Horst: Schnellkurs Sozialversicherung, Arbeitshilfe 2012; Betriebsprüfungssicher arbeiten; Bußgelder und Strafen vermeiden; mit dem aktuellen Berufsgruppenkatalog, Stand: Januar 2012, Regensburg: Walhalla-Fachverlag (zitiert als Marburger, Schnellkurs SV).

Moritz-Ritter, Anette/Schreiber, Frank: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, 1. Aufl., 2010, Stuttgart, München [u.a.]: Boorberg DSGT-Praktikerleitfäden (zitiert als Moritz-Ritter/Schreiber).

Poppelbaum, Eberhard: 100 Fragen zur Sozialversicherungsfreiheit in GmbH, Personengesellschaft und Einzelfirma, Plädoyer für eine optimale Neugestaltung der Versorgung nach festgestellter Selbstständigkeit, 5. Aufl., 2012, Karlsruhe: VVW (zitiert als Poppelbaum).

Reinhardt, Helmut (Hrsg.) u.a.: Sozialgesetzbuch VI, Gesetzliche Rentenversicherung, Lehr- und Praxiskommentar, 1. Aufl., 2006, Baden-Baden: Nomos (zitiert als [Nachname des Bearbeiters] in LPK-SGB VI § ... Rz ...).

Schermer, Joachim: Sozialversicherung 2001, Die Kommentierung zur sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigung einschließlich Pflegeversicherung, 9. Aufl., 2001, Frechen-Königsdorf: Datakontext-Fachverlag.

Schmidt, Bettina: Sozialrecht in der arbeitsrechtlichen Praxis, 1. Aufl., 2011, München: Beck (zitiert als Schmidt).

Winkler, Jürgen (Hrsg.) u.a.: Sozialgesetzbuch IV, Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung, Lehr- und Praxiskommentar, 1. Aufl., 2007, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. (zitiert als [Nachname des Bearbeiters] in LPK-SGB IV § ... Rz ...).

Die Internetquellen sind in den Anlagen ausgewiesen.

Erklärung der Verfasserin

Es ist mir bekannt, dass ich diese Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit unter Verwendung einer Plagiat-erkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.

30.04.2014,